

Sitte ich alle meine Wähler, am Stichwahltag Mann für Mann Ihre Stimme dem nunmehr alleinigen Kandidaten Herrn v. Liebert zu geben. Das Vaterland über die Partei! Auch ein Aufruf des Verbandes der nationalliberalen Vereine (unterzeichnet Strobel) ersucht, für Liebert einzutreten.

Ausland

Die Affäre Cailaug-Calmette

Paris, 19. März. In dem Schreiben, in dem der aus dem Amt geschiedene Marineminister Ronis den Ministerpräsidenten Doumergue seine Demissionsabsicht ankündigte, heißt es: „Unsere Gegner verfolgen mich mit ihren Intrigen und ihren Wankeln, um das Kabinett zu treffen. Ich will mich zu einem solchen Manöver, das Ihre Bewegungen hindert, nicht hergeben. Andererseits bedarf ich zu meiner Verteidigung meiner vollen Freiheit. Gestatten Sie mir deshalb, Ihnen meine Demission zu überreichen.“ Die Kammer wählte heute vier neue Mitglieder der Rochette-Kommission, worauf die Kommission selbst zusammentrat und unter dem Vorsitz von Jaurès ihr Arbeitsprogramm festlegte. Herr Ronis hat selbst gebeten, so schnell als möglich von der Kommission vernommen zu werden. Außer ihm sind für morgen noch Herr Cailaug, der Staatsanwalt Fabre und der Präsident der Zivilkammer Vidault vorgeladen worden. Der Senat wählte heute nachmittags seine Kommission für die Prüfung des Antrages auf Zuweisung der richterlichen Befugnis an die Rochette-Kommission. Die Mehrheit der Senatskommission ist für die Übertragung der Rechte auf Zeugenvernehmung und Zeugniszwang, will aber in bezug auf die richterlichen Funktionen nicht weiter gehen.

Von der Balkanhalbinsel I

Das griechische Flottenprogramm

Athen, 19. März. In Beantwortung einer Interpellation verlas der Marineminister in der Kammer eine Erklärung der Regierung betreffs des Programms der Flottenrüstungen. Er versicherte, daß die Grundlage desselben die Anschaffung dreier Dreadnoughts einschließlich des beim Balkan bestellten, ferner dreier Kreuzer und einer entsprechenden Anzahl kleinerer Einheiten. Dieses Programm sei vom Admiralstab und von der englischen Marinemission aufgestellt worden. Der Minister erklärte außerdem, daß die Regierung es nicht für angeeignet hält, Mitteilungen über bereits gemachte Bestellungen zu machen und die betreffenden Verträge zu unterbreiten. Er versicherte jedoch, daß die Regierung darüber wache, die Überlegenheit zur See zu behaupten. — Die Erklärungen wurden von der Kammer als ausreichend erachtet und beifällig aufgenommen.

Griechenland und der serbische Handel

Salonik, 19. März. Die serbischen Vertreter, die mit einer griechischen Kommission hier wegen der den serbischen Handel betreffenden Konzeptionen unterhandeln sollen, sind bereits eingetroffen. Der frühere serbische Handelsminister Stefanowitsch, der Präsident der serbischen Kommission, sprach die bestimmte Erwartung aus, daß Griechenland einwilligen werde, dem serbischen Handel eine besondere Zone im Hafen von Salonik zuzugestehen. Ein neuer Handelsvertrag werde in wenigen Monaten alle übrigen kommerziellen Fragen regeln.

Die Lage in Nordalbanien

Paris, 19. März. Der als Nachfolger von Jorabhos zum Gouverneur von Epirus ernannte Forakis erklärte dem Wiener Berichterstatter eines hiesigen Blattes, es sei seiner Ansicht nach unerlässlich, daß die Großmächte die griechischen Vorschläge möglichst rasch beantworten. Die bewaffneten Epitoten bildeten bereits eine in jeder Hinsicht gefährliche Streitmacht. Die griechische Regierung sei jenen Offizieren gegenüber, welche sich den Aufständischen hätten anschließen wollen, sehr streng vorgegangen, aber angesichts der Untätigkeit der Mächte konnte sie schließlich dieser Bewegung machtlos gegenüberstehen und ihre Lage würde dadurch immer heftiger. Die Zeit dränge, und selbst wenn der österreichisch-italienische Schritt eine diplomatische Inoffensivität darstellte, müßten die Triple-Entente-Mächte ihre Eigenliebe zum Schweigen bringen. Die ausländische Bewegung würde aufhören, sobald der epiritischen Bevölkerung wirkliche Bürgerrechte geboten werden; aber diese Bürgerrechte könnten nicht von der albanischen Regierung gegeben werden, welche vielleicht unfähig wäre, dieselben aufrecht zu erhalten.

Aus aller Welt

Schiffungslück

Benedig, 19. März. Vier kollidierte ein Torpedoboot mit einem der kleinen Dampfer, die dem Verkehr auf dem Kanal dienen, auf dem sich etwa 60 Personen befanden. Dabon wurden sechs gerettet. Viele Ausländer sind umgekommen. — Das Dampfbboot kam aus Santa Elisabeta al Lido mit 80 Personen an Bord und stieß mit einem italienischen Torpedoboot zusammen. Der Zusammenstoß war augenwehig heftig. Das Dampfbboot wurde glatt durchgeschnitten und sank sofort. Sämtliche in der Kabine befindlichen Passagiere gerieten unter Wasser. Die Mehrzahl der-

selben ist ertrunken. Zwölf Personen wurden gerettet. Nach ihren Angaben glaubt man, daß sich noch etwa zehn Personen durch Schwimmen gerettet haben, sodas die Verlustliste 58 Personen aufweisen dürfte. Die Unglücksstelle wurde sofort abgeperrt und in einem großen Umkreis das Wasser abgelaucht. An der Rettungsaktion beteiligten sich Taucher und auch ein österreichisch-ungarisches Schlepsschiff, das mit seinen beiden Reflektoren die Unglücksstelle ablichtete. Die Ursache ist noch nicht festgestellt. Angeblich hat der Führer des Bootes sowie die Passagiere die Blase eines Hydroplans beobachtet und dabei die Annäherung des Torpedobootes nicht wahrgenommen. Sofort nach dem Zusammenstoß wurde der mit Scheinwerfern ausgestattete österreichisch-ungarische Schlepper „Triton“ zu Hilfe gerufen. Auch ein Boot des deutschen Kreuzers „Göben“ eilte herbei.

Sameln, 19. März. Auf der Domäne Schieder bei Blomberg in Lippe sind unter den polnischen Arbeitern die schwarzen Boden ausgebrochen. Ein Arbeiter, der gestern gestorben ist, wurde sofort beerdigt. Ein anderer Erkrankter, der podenverdächtig ist, fand im Krankenhaus von Detmold Unterkunft. Die Domäne ist vollständig gesperrt worden.

Braunshweig, 19. März. Im benachbarten Salzbadlum wurde heute früh die Frau des Köstlers Wör mit einem Beil erschlagen in ihrem Bette aufgefunden. Es ist anzunehmen, daß der Ehegatte seine Frau im Streit erschlugen und sich dann erhängt hat. Zwischen den Eheleuten bestanden vielfach Zwistigkeiten.

Berlin, 19. März. Im Zusammenhang mit der Votendemonstration in der Vauluststraße in Moabit sind zwei der Kabeisführer verhaftet worden; andere Beteiligte haben Berlin verlassen. Die Verhafteten werden wegen Erregung von Ärger oder Unordnung beim Gottesdienst angeklagt.

Bremen, 19. März. Der deutsche Dampfer „Kaiser Wilhelm der Große“ kollidierte gestern nacht in der Nordsee in der Nähe von Saals Feuererschiff mit einem Dreimastschoner. Das Segelschiff sank in 50 Minuten. Der Dampfer hielt sich ungefähr zwei Stunden in der Nähe des Schoners auf und suchte die Unfallstelle ab, ohne etwas von der Mannschaft des gesunkenen Schiffes zu entdecken. Der Dampfer, der unbeschädigt blieb, setzte seine Reise fort. Der Name des Segelschiffs ist noch nicht festgestellt.

Hirschberg i. Schl., 19. März. In Warmbrunn ermordete der 57jährige Arbeiter Schön seinen 12jährigen Sohn. Gegen beide schwebte ein Verfahren wegen Diebstahls.

Stuttgart, 18. März. Zur Verringerung der Notlage des Weinbäuerstandes wird von der Regierung in einem Nachtragsetat eine Summe von 500000 Mark gefordert. Ferner verlangt das Finanzministerium vom Landtag die Ermächtigung, die noch ausstehenden Darlehensbeträge den notleidenden Weinbäuerern noch um zwei weitere Jahre unverzinslich zu belassen und erst nach dieser Zeit die ratenweise Rückzahlung zu verlangen.

Reichenberg, 19. März. Der fünfzigjährige flüchtige Dresdener Rechtsanwalt Karl Glöhner wurde hier tot aufgefunden. Er hatte sich vergiftet.

Neapel, 19. März. Professor Mercalli, Direktor des Beobachtatoriums, ist in seiner Wohnung in Neapel als verblutete Leiche aufgefunden worden. In seinem Zimmer war die Petroleumlampe umgekippt, und diese hatte seine Wohnung in Brand gesetzt.

Von Lahn und Westerwald

a. Camberg, 19. März. Ein Artikel in der hiesigen „Bürgerzeitung“ und ein solcher im „Wiesbadener Tagblatt“ propagiert die konfessionelle Teilung der hiesigen Taubstummenanstalt und danach die Verlegung des evangelischen Teiles nach Wiesbaden. — In katholischen Kreisen des Regierungsbezirks steht man diesem Wunsche sehr sympathisch gegenüber; man kann sich nur, nach den Erklärungen bei der Gründung der katholischen Fürsorgeerziehungsanstalt, nicht auf den Bezirksverband als Förderer der konfessionellen Erziehung vorstellen? Eine solche Inkonsequenz trauen wir den Herren doch nicht zu. — Eine Verlegung der Taubstummenanstalt überhaupt von Camberg nach Wiesbaden, die eher im Wunsche der Bezirksverwaltung liegen könnte, obwohl die Verhältnisse in der Stadt hierzu gar keinen Anlaß geben, der Verkehrsmangel hat andere Gründe, dürfte ausgeschlossen sein, da nun einmal vor dem Anstaltsgebäude das Denkmal des Gründers des Taubstummenunterrichts in Nassau, des Camberger Freiherrn von Schöy zu Holzhausen steht, welches man doch nicht gut in Möbelwagen nach Wiesbaden transportieren kann, und ohne Folie würde der alte Herr in Camberg doch gar zu komisch aussehen.

al. B. von der Lahn, 19. März. Die beiden ältesten Personen in Lontiefenbach sind innerhalb weniger Tage an Altersschwäche gestorben: es waren dies: Hubert Koll, 93 und Joh. Brühl 91 Jahre alt. — Das geplante Jubiläumfest des Gesangsvereins „Frohinn“ in Weiden, das am 28. und 29. Juni abgehalten werden sollte, wurde auf den 21. und 22. Juni verlegt. — Lehrer Hint in Staffel und eine Anzahl Lehrer des Regierungsbezirks Wiesbaden in gleicher Anstellung haben in einer Kollektivpetition an das Abgeordnetenhaus den Antrag gestellt, daß alle ersten Lehrer an Schulstellen, welche mit drei Lehrern besetzt sind, „Leitungsbevollmächtigte“ erhalten und zu „Dauinglehrern“ mit erhöhtem Gehalt und geringerer Stundenzahl ernannt werden sollen. Man ist in Lehrkreisen und in den Gemeinden gespannt, wenn sich diese Eingabe bewahrheitet, wie sich der Landtag und der Kultusminister zu der Petition stellen werden. — Der Stimmzettel-Zuchtwort „Oberlahn“ veranlaßt am Dienstag, den 31. März d. J., auf dem Marktplatz in Weilburg einen Judweibmarkt mit Bräuterei, auf dem Bullen und Kinder von angebotenen Semmentaler Tieren und Zuchter ausgetrieben werden. Gemeinden und Jächter

finden hier besonders günstige Gelegenheit zum Kauf von guten Zuchttieren.

Limburg a. d. L., 19. März. Die Großfirma S. Trombeta überwieb dem hiesigen Verschönerungsverein für die Anlagen auf dem Schaßberge 100000 Mark.

Rom Besterwald, 18. März. Der Kreisrat des Kreises Altenkirchen beschloß, die vor einem Jahre dem Verkehr übergebene Kleinbahn Schenkerfeld-Nauroth anzukaufen und bewilligte hierzu 950000 Mark, die durch eine Anleihe aufgebracht werden sollen.

Vom Main und Taunus

r. Niedernhausen, 19. März. Nach vorausgegangener sberlicher Generalkommunion wird der Kath. Männerverein Niedernhausen-Königsborn am nächsten Sonntag anlässlich des St. Josefstages wieder einen Familienabend im Gasthause „Zum Trompeter“ abhalten, der sich seinen Vorgänger würdig anschließen soll. Als Redner des Abends ist Herr Chefredakteur Dr. Geule von Wiesbaden gewonnen. Dem Vortrage folgen einige hübsche, dem Charakter der Zeit entsprechende theatralische Darbietungen von Isabelle Braun.

Eichenhahn i. T., 19. März. Der hochbetagte Landwirt Philipp Roth starzte gestern in seiner Scheune ab und starb kurze Zeit darauf an den erlittenen Verletzungen.

Söchst, 19. März. Bei Eddersheim starzte gestern abend ein mit zwei Soldaten besetzter Flugzeug der Koblenzer Fliegerschule infolge widriger Windverhältnisse aus beträchtlicher Höhe ab. Der Apparat wurde vollständig zertrümmert. Beide Flieger, von denen einer während des Sturzes abgesprungen war, blieben völlig unverletzt.

Frankfurt a. M., 19. März. Auf der Hanauer Landstraße wurde heute nachmittags ein etwa zwölfjähriger Knabe von einem Automobil überfahren und getötet.

Vom Rhein

o. Schierstein, 19. März. Gegen die Wahl der I. Klasse zur Gemeindevertretung ist Einspruch erhoben worden.

Bad Schlangenbad, 19. März. Durch Verlegung der Bgl. Regierung wurde die Wochenfaktare für die zweite Person derselben Familie von 5 auf 4 Mark und für jede weitere Person derselben Familie von 5 auf 3 Mark ermäßigt. Die bisherige Wochenfaktare von 5 Mark für die erste Person einer Familie bleibt bestehen. Außerdem wurde auch für Personen, welche weniger als eine Woche anwesend sind, und somit keine Wochenfaktare zahlen, eine Tagesfaktare von 80 Pfg. eingeführt. Die Königl. Kurhäuser werden ihren Betrieb von anfangs Mai ab wieder eröffnen. Nach den zahlreichen Wohnungsnachfragen zu schließen ist eine gute Saison zu erwarten.

r. Oestrich, 19. März. Die heute von Frau Carl Meisenheimer Witwe, angelegte Versteigerung von Weinbergen und Keder in hiesiger und Mittelheimer Gemarkung hatte kein günstiges Resultat. Größtenteils blieben die Grundstücke hinter der Tare zurück. Losgeschlagen wurden: ein Acker (Schmalgasse, 6 A, 84 Sch.) zu 26 Mark per Aute an Joh. Jos. Steinmetz; ein Weinberg im Hontzberg (87 A, 80 Sch.) zu 26 Mark an Joh. Walter; ein Weinberg in der Mühlgasse (34 A, 60 Sch.) zu 29 Mark an Otto Stienne; ein Weinberg im Hontzberg (29 A, 40 Sch.) zu 31 Mark an Joh. Kraner; ein Weinberg im Schiffmann (62 A) zu 46,50 Mark an Gg. Jokus. Für neun weitere Weinberge wurden Gebote von 25, 25,50, 17, 20, 22,50, 22, 126 und 146 Mark per Aute abgegeben, jedoch nicht zugelassen.

rt. Weisenheim, 19. März. Wer schimpft, hat Unrecht! An dieses alte Sprich- und Wahrwort muß man unwillkürlich denken, wenn man das Eingangs in Nr. 33 des hiesigen Lokalanzeigers zu Auge bekommt, vorausgesetzt, daß man es über sich gewinnen kann, dasselbe bis zu Ende zu lesen. Der famose Einsender richtet gegen Alle vom Leber, die nicht seiner und seiner wenigen Freunde lakonischer Ansicht sind. Die erdrückend große Mehrzahl der hiesigen Bürger redet jedenfalls auf ganz anderem Standpunkt. Es könnte, wenn es nicht so traurig wäre, erheitend wirken, wenn man da von Zeitungsbefreiern und angeblich anonymen Zuschriften redet und seine eigenen, maßlosen Schimpfereien schambast mit dem Künstlernamen „Jemand“ zeichnet. Der Herr „Jemand“ mit seinen sämtlichen hiesigen wirklichen Gesinnungsgenossen in den betr. Fragen findet bequem auf einem Leiterwagen Platz und das sollen die einsigen und wahren Freunde, Mätr und Förderer eines Kulturwerkes sein! Difficile est, satiram non scribere. Wir wissen nicht, ob die angegriffenen Stadtorbitorierten es mit ihrer Würde vereinbar halten werden, auf ein solches Laboral überhaupt zu reagieren, wir halten vornehme Nichtachtung für ebenso angemessen.

s. Vorch, 19. März. Herr Bahnhofsvorsteher Weber ist ab 1. April nach Osthofen veretzt. An seine Stelle wird Herr Fischer aus Bilschheim treten. — Das Wasser des Rheines ist soweit zurückgegangen, daß die Mainuferstraße nunmehr wieder passierbar ist.

s. Vorchhausen, 19. März. Bei der heutigen Gemeindevertreterwahl wurden in der I. Klasse Karl Jos. Wittmann und Joh. Herrmann, in der 2. Klasse Wil. Weiler Sr. wieder- und in der 3. Klasse anstelle des ausscheidenden Franz Hermann Philipp Söhn neugewählt.

verschiedene Korrespondenzen mußten wegen Raum-mangel zurückgestellt werden.

Gräfin Laßbergs Enkelin

Roman von Fr. Lehne.

21. Fortsetzung. Nachdruck verboten. „Gräfinnen sind nicht immer reich, gnädige Frau, und sie wollen oder müssen auch leben“, lächelte sie rührend. „So meinte ich das ja auch nicht“, entgegnete Frau Agathe, mit einer leichten Verlegenheit kämpfend. „Denn Sie haben doch Angehörige, trotzdem sie stets betonten, daß Sie niemand hätten!“ Dvonne würde ein wenig rot. „So ist es auch! Ich war lediglich auf mich selbst angewiesen. Meine Eltern sind längst tot, und meine Erziehung habe ich größtenteils auf dem Seminar in L. empfangen. Infolge von Differenzen mit meiner Großmama hörte jede Verbindung mit meiner Familie auf. Meine Großmama ist die Gräfin Laßberg auf Schloß Burgau. Doch wäre ich Ihnen jetzt dankbar, wenn ich den Brief lesen dürfte; es muß dringend sein, sonst hätte man mir nicht geschrieben.“ „Gewiß, gewiß, lesen Sie — bitte, es führt nicht.“ Dvonne wäre gern hinausgegangen, draußen die gewiß wichtigen Zeilen zu lesen; aber man ließ sie nicht, sondern beobachtete sie neugierig, wie sie den Brief öffnete und dessen Inhalt überflog. Lothar sah, wie sie erbleichte, wie sie wankte; unwillkürlich sprang er hinzu, sie zu stützen. Einen Herzschlag lang hielt er die zitternde, zarte Gestalt in seinem Arm; dann war der Schwächeanfall vorüber. „Gnädige Frau, darf ich um die Erlaubnis bitten, so bald als möglich — mit dem nächsten Zug schon — nach Burgau zu fahren? Meine Anwesenheit ist dringend nötig. Morgen abend werde ich zurück sein.“ „Wenn Sie noch länger bleiben wollen“ — beeilte Frau Agathe sich, ihr entgegenzukommen. „Es ist doch keine schlechte Nachricht, die Sie bekommen haben, doch nicht ein Krankheitsfall?“ „Nein, gnädige Frau, Großmama ist gesund; doch ist meine Anwesenheit in einer anderen Angelegenheit erforderlich, und die erbetene Frist genügt mir. Darf ich mich jetzt entfernen und mich reisefertig machen?“ „Ja, und Willi kann Ihnen helfen. Du, lieber Lothar, siehst wohl im Kurzbuch nach, mit welchem Zuge Komtesse Dvonne am nächsten fährt. Wohin wollen Sie?“ „Nach Burgau. Wahnstation ist L. bei S. Aber ich möchte Herrn von Steinbagen nicht bemähen.“ „O bitte!“ Er verneigte sich ein wenig, und sie verließ das Zimmer.

„Nun kannst du ja die Komtesse heiraten, hast ihr ja immer schon verliebte Augen gemacht!“ zischelte ihm Konstanze zu. Er antwortete nicht, und schallend fiel die Tür hinter ihm ins Schloß. Mutter und Tochter sahen sich an. „Was sagst du denn zu dieser Entdeckung, Mama?“ „Ja, was tut man da?“ „Was man da tut? Gar nichts weiter! Sie ist bezahlt von uns und damit gut! Glaubst du, mir imponiert die Komtesse? Nicht so viel!“ Sie schimpfte mit den Fingern. „Wenn sie gehen will, mag sie es tun; bleibt sie, auch recht.“ „Mir ist es doch ein immerhin etwas peinliches Gefühl.“ „Ich bitte dich, Mama, warum? Sei nicht kleinlich! Warte, bis sie zurückkommt, dann wird sich alles finden? Was mag sie nur für Nachricht bekommen haben? Ihre Antwort war recht unpertinent!“ „Willst war dabei, Dvonne's Keisersache zu reden, während sich das junge Mädchen schnell umkleidete. Sie zitterte vor Aufregung, das Blut brauste ihr in den Ohren; sie hörte gar nicht darauf, was Willi sagte, bis eine Keigerung ihre Aufmerksamkeit weckte. „Ach, nun wird hier wohl auch manches anders werden! Die Herrschaft hat sichurchbar gezankt.“ „Willi, haben Sie schon wieder gehorcht?“ bemerkte Dvonne vorwurfsvoll. „Nein, gar nicht. Aber erstens sprach das gnädige Fräulein sehr laut, und zweitens mußte ich doch den Brief abgeben; man hatte mein Kopfen nicht gehört, und da sagte Fräulein Konstanze gerade, sie wolle ihr ganzes Kapital auf einmal haben, und der Herr meinte, das könne er nicht, deshalb wolle er Steinbagen verkaufen.“ Ein heftiger Schreck erfaßte Dvonne. Also so weit trieben sie ihn, daß er Steinbagen ausgeben mußte, woran er doch mit allen Fasern seiner Seele hing! Und wenn man sie nicht getäuscht hatte — jetzt war die Möglichkeit da, daß sie ihm helfen konnte. „So, jetzt ist alles fertig!“ sagte Willi und schloß die Keisersache. In diesem Augenblick klingelte es; sie eilte hinunter, kam aber gleich wieder zurück. „Komtesse möchten erst essen, so viel Zeit ist noch. Die Gnädige ist ja mit einem Male so liebenswürdig und aufmerksam!“ „Ich danke und komme sogleich“, sagte sie zerstreut. Ihre Gedanken waren schon nach Burgau geeilt. Sie nahm Dertas Brief, las ihn fest, betrachtete ihn von allen Seiten. Nein,

es war kein Traum, der Brief war da, sie hielt ihn in Händen, und ihre Augen ruhten auf den Zeilen, die ihr eine so niederschmetternde Umwälzung ihres Geschicks kundgaben. Ein Laut wie Schlägen rang sich aus ihrer Kehle; es war zu viel, zu übermächtig, was sie da erfahren konnte. Konnte es sein, war es wirklich so, wie Dertas schrieb? Immer wieder mußte sie lesen, was diese ihr mitteilte. Liebe Dvonne! Durch Luz wissen wir schon seit Anfang November Deine Adresse; er hatte uns geschrieben, daß Du bei einer Frau von Steinbagen als Gesellschaftlerin bist. Das wirst Du nun nicht mehr nötig haben; Deinem Leben steht eine große Veränderung bevor. Ein Onkel Deiner Mama, den man längst verscholken geglaubt, ist in Rio de Janeiro gestorben, und er hat Deine Mama als sein Vatenskind zur alleinigen Erbin seines großen Vermögens eingesetzt, da er nicht verheiratet war, also keine näheren Erben hatte. Ich kann Dir das alles nicht so ausführlich schreiben; auf dem Landratsamt wirst Du alles erfahren, bringe Deine sämtlichen Papiere mit. Deine Anwesenheit ist dringend notwendig; komm! sofort und telegraphiere, wann wir Dich erwarten dürfen. Großmama hat mich beauftragt, Dir das mitzuteilen. Wenn Du nicht auf Burgau bleiben willst, so bist Du uns herzlich willkommen! Uns geht es so weit gut. Daß ich mich Weidnachten mit Rano von Hammerstein verlobt habe, hast Du sicher durch Luz erfahren. Wir sind sehr glücklich miteinander und wollen auch Ostern noch heiraten. Er sieht sich nach einem eigenen Heim mit seinem Lieben, kleinen Fräulein darin. Er liebt mich sehr, denn uns Geld kann er mich doch wirklich nicht erwählen haben. Eine Jugendschwärmerei hat schließlich jeder einmal gehabt. Ach ja, weißt Du Näheres über Luz? Er macht uns viele Sorgen. Er lebt wohl sehr flott? Immer will er Geld haben, und jetzt muß doch auch an mich gedacht werden. Wenn er mir bald heiraten würde, damit er vernünftig wird! Großmama wirst Du etwas verändert finden; sie ist nicht mehr so rüthig. Doffentlich geht es Dir gut. Also auf gesundes Wiedersehen grüß und küßt Dich Deine Dich liebende Louise Senta.“ Langsam faltete sie das Briefblatt wieder zusammen und zwang sich zur Ruhe. Es erschien ihr so unmöglich, Nein, sie wollte nicht zu früh jubeln, wollte abwarten. (Fortsetzung folgt.)

die Berichte der Direktoren eine gewisse Zufriedenheit mit der Entwicklung, die ich mir bei der Vornahme einer vom Standpunkt des Meistortschicks begründeten Zurückhaltung wohl in eine volle umrechnen darf. Jedenfalls hat der Magistrat gerade auf dem Gebiete des Schuletats Strömungen überhört nicht oder nur in geringem Maße vorgenommen; es wurde ihm allerdings hierbei eine vorzügliche und stets gewissenhafte Vorarbeit geleistet von dem Herrn Stadtschulrat Müller, dessen mit dem Schluß des Etatsjahres erzielendes Auscheiden aus dem Dienste der Stadt ich mit meinen Magistratskollegen auf das lebhafteste bedauern; ich glaube dem Herrn Stadtschulrat diese aus aufrichtiger Ueberzeugung hervorzuheben Anerkennung hier schuldig zu sein. — Gehen wir über zu dem Gebiete der

Kunst und Wissenschaft.

zu den Theatern, zu den Museen, zu der Bibliothek; auch hier hat die Stadt in den letzten 4 Jahren nicht aufgehört, tätig zu sein; die Fertigstellung und Inangriffnahme von Museum und Bibliothek mit einem Kostenaufwand von 3 1/2 Millionen legt Zeugnis ab für die Bereitwilligkeit der städtischen Verwaltung, das kulturelle Interesse nicht unter dem Kurinteresse lassen zu lassen. Man kann sich nur freuen, daß auf diesem Gebiete durch Bibliothek und Museum eine hervorragende Stütze für kulturelle Bestrebungen geschaffen wird, die bei verständiger Weiterentwicklung zu den schönsten Hoffnungen berechtigt. Die jährlichen Zuschüsse, die wie in den letzten Jahren diesen Bildungsanstalten gegeben haben, waren allerdings bescheiden; das wird sich aber ändern und hoffentlich auch mit Hilfe der Opferwilligkeit der Wohlhabenden und Reichen, die eingedenk sein sollen des Wertes, daß der Reichtum verflüchtigt. Für das Kgl. Theater hatten wir stets eine offene Hand; die jährlichen Aufwendungen der Stadt haben sich nicht vermindert; sie betragen zurzeit 253 000 M. und werden sich nach Erbauung des von der Intendantur als bringend bezeichneten Dekorationsmagazins noch erhöhen. Auch dem Residenstheater konnten wir unsere Gunst bezeugen durch Einrichtung von Volksvorstellungen, die hoffentlich — wenn auch vielleicht in anderer Form — zur dauernden Einrichtung werden.

Wenden wir uns nun zur

Kur- und Bäderverwaltung.

die ja das Recht hat, eine bedeutende Stelle in meinen Ausführungen zu nehmen und zu beanspruchen, daß ihnen volle Berücksichtigung zuteil wird. Nun ich meine, meine Herren, wenn ein Teil unserer Verwaltung sich nicht beklagen kann über die Fürsorge des Magistrats und der Stadtverordnetenversammlung, dann ist es die Kur- und Bäderverwaltung; im Vordergrund des Interesses steht hier der Bau des Kaiser Friedrich-Bades mit einem Kostenaufwand von 27 Mill. M., das die städt. Verwaltung einen jährl. Aufschuß von mindestens 75 000 M. kostet; die Begründung des Bäderbüros, das einen jährl. Aufschuß von 73 000 M. erfordert, die Wiederlegung der „Alten Rose“, die der Kurverwaltung einen Jahresverlust von 13 000 M. brachte; die Finanzierung der Rennbahn mit 1 Million städtischem Geld und einem Jahresaufschuß von rund 30 000 M.; die Unterhaltung des Wiesbadener Golfclubs mit einem Aufwandszuschuß von 3500 M.; die Eröffnung des Emanatoriums, das insoweit eines für die Stadt günstigen Vertrages städtische Opfer nicht verlangt, die neu angelegte Trinkkur an der Aderquelle, die vermehrten Aufwendungen für sportliche Veranstaltungen wie die mit großem Stillsitz verbundene Beteiligung der Stadt an dem Prinz Heinrich-Fluge; die Umgestaltung des Baderlattes, das unter geistlicher redaktioneller und geschäftlicher Leitung die wesentlichen erhöhten Betriebskosten ohne Verminderung des Reingewinnes zu decken in der Lage war und sich zu einem außerordentlich wertvollen Propagandamittel entwickelt hat und zugleich eine Stütze bildet für das Bäderbüro, das mit wesentlich erhöhten Mitteln arbeitet — es wurden im laufenden Jahre allein nahezu 75 000 M. ausgegeben — die qualitative und quantitative Verbesserung des Kurortcharakters, das seit 1910 einen Mehrkostenaufwand von 3 000 M. erfordert und sich zu einem Kurortcharakter ausgebildet hat, auf das wir stolz sein können, ebenso wie auf die Leistungen seines Dirigenten, der jetzt wieder hervorragende, auch Wiesbaden zugute kommende Erfolge in London errungen hat, das alles, meine Herren, bedeutet nichts weniger als Stillstand, sondern ein ganz außerordentliches Vorwärtsschreiten, das endlich einmal auch die rückhaltlose Anerkennung der interessierten Kreise finden dürfte. Dabei will ich von der Tatsache, daß der Straßenbau gerade die Ausschraffen in erster Linie bevorzugt und alle verfügbaren Mittel für sie bereit hält, noch gar nicht einmal sprechen; jedenfalls hat die Finanzlage der Stadt nie Halt gemacht bei der Kurverwaltung. Die Stadt hat im Gegenteil, wie auch von dem verantwortlichen Magistrat ganz anerkannt wird, ganz hervorragendes in finanziell unangünstigen Zeiten geleistet. Im übrigen kann man der Kurverwaltung nicht die Anerkennung verweigern, daß sie sich außerordentlich Mühe gegeben hat, den Kurbetrieb auf voller Höhe zu halten und recht Gutes zu leisten, ebenso wie auch das Bäderbüro die ihm gestellte Aufgabe zu voller Zufriedenheit gelöst hat; aus Einzelnes kann ich hier selbstverständlich nicht eingehen; die Erfolge sind natürlich nicht ausgeblieben, die Fremdenfrequenz wurde nicht nur behauptet, was angesichts der stets sich mehrenden Konkurrenz schon ein Erfolg gewesen wäre, sie stieg sogar auf 192 108 Personen und erzielte somit gegen das Vorjahr ein Mehr von 2 738 Fremden. Dabei ist es von ganz besonderem Werte, daß gerade die eigentlichen Kurgäste im zunehmenden Maße sind; sie sind gegen das Vorjahr von 62 900 auf 65 131, also um 2 231 Gäste gestiegen. Die Kennen scheinen nach dem Berichte des Rennclubs in glänzender Entwicklung begriffen zu sein und müssen überhaupt erst die Kinderstube ausgebreitet haben, um gerade gewürdigt zu werden; das Gleiche gilt vom Kaiser Friedrich-Bad, dessen Erfolge und Werte zurzeit überhaupt noch nicht beurteilt werden können. Dem Geschäftsmann wird der Wert seines Geschäfts nach dem Ergebnisse des ersten Betriebsjahres beurteilen oder verlangen, daß ihm schon das erste Jahr vollen Erfolg bringe. Dessen bin ich aber sicher, daß sich der Ruhm dieses nach der Meinung der bekannten medizinischen Autorität von Wehrings ganz hervorragend ausgestatteten Heilfaktors schon verbreiten wird. Und dann wollen wir uns erst für berechtigt erachten, den Wert dieses mit so großen Opfern errichteten Bades zu beurteilen. Bedenken Sie auch, daß wir jährlich mit durchschnittlich 2 Prozent das angelegte Kapital tilgen, was natürlich den Reingewinn mit vermindertem Hilft. Selbstverständlich waren diese Erfolge auf dem Gebiete der Kur- und Bäderverwaltung nur möglich unter Heranziehung der Fremden zu den Kosten auf dem Wege der Kurkarte, die voll und ganz dem Kurbetrieb zugute kommt und nur einen Teil der gesamten Kosten deckt. Aber auch in der Kurtagrate war der Magistrat stets entgegenkommend; er hat 1911 eine Reform vorgeschlagen, die günstig aufgenommen wurde und den gebotenen Erwartungen vollkommen entspricht; er hat auch erst im Vorjahre die Bier-Wechsellage eingeführt und dabei wiederum zirka 20 000 M. als Verlust gebucht. Bis auf weiteres soll an der Kurkarte nicht mehr geändert werden; wir können nicht fortgesetzt an dieser Lage ändern und müssen vor allem schon deswegen hiervon Abstand nehmen, weil die Kurverwaltung selbst noch einen Fehlbetrag aus früheren Jahren zu decken hat.

Ich habe mich absichtlich etwas länger bei der Kurverwaltung als einem wichtigen Zweige unserer Verwaltung aufhalten, um fest etwas schneller Ihnen die Entwicklung der anderen Verwaltungen in den letzten vier Jahren zu zeigen.

Zunächst zur

Armenverwaltung und Krankenhaus.

Den Bedürfnissen der Armenverwaltung ist von den städtischen Körperschaften stets Rechnung getragen worden; eine Entlastung dieser Verwaltung ist durch Wegzug kinderreicher Familien bis zu einem gewissen Grade eingetreten; immerhin ist die Gesamtansgabe in den vier letzten Jahren von 403 auf 440 000 M. gestiegen; auch die Privatwohlfahrt, die hier durch nicht weniger wie 73 Korporationen geübt wird, leistet Außerordentliches für die Armen und Bedürftigen; leider habe ich trotz des Verjüchrs einer Enquete die tatsächlichen Leistungen nicht feststellen können, da ich nicht immer Bereitwilligkeit zur Auskunft vorfand. Daß unser Krankenhaus ein Betrieb ist, der sich sehen lassen kann, wissen Sie; auch für diesen Faktor haben die städtischen Körperschaften immer eine offene und freigebige Hand gehabt; es ist neu gekauft worden; es sind für Bauten für Krankenpflege seit 1910 976 000 Mark ausgegeben worden, während für 1914 als Rest-Aufwendung 250 000 Mark für die letzten Babillons zur Verfügung gestellt wurden; die gesamten Umbauten haben die städtische Verwaltung zirka 3 1/2 Millionen M. gekostet, wovon 2,4 Millionen auf die Zeit vor 1910 fallen. Die seit 1910 entfallenden jährlichen Mehrkosten der laufenden Verwaltung betragen ein jährliches Mehr von 48 000 M., der Gesamt-Aufschuß in 1914 beträgt 253 700 M.; also auch hier, meine Herren, durchaus kein Stillstand, sondern ein tätiges Vorwärtsschreiten mit dem Endziele eines musterhaften Krankenhauses, dank der Opferwilligkeit der städtischen Körperschaften.

Auch die Grundstücksverwaltung

hatte nicht nötig, unzulässig zu sein, in den letzten vier Jahren; sie hat in diesem Zeitraum für 3 1/2 Millionen M. Grundstücke erworben, abgegeben von dem Jagdschloß „Lalite“, das erst in 1914 mit der ersten Rate fällig wird; nicht in letzter Linie hat auch die Grundstücksverwaltung reichlich Mittel zur Verfügung gehabt, um ihre Zwecke zu erfüllen. So hat sich der jährliche Aufschuß der Grundsteuerverwaltung von 1910 mit 91 000 M. auf 157 000 M. in 1914 erhöht; der außerordentliche Etat hat in den letzten vier Jahren ebenfalls 106 000 M. zur Verfügung gestellt; Aufgaben weitestlicher Natur, die auf diesem Gebiete gelöst wurden, sind die gärtnerische Ausgestaltung des Volkshausplatzes, des Südfriedhofs, der hinteren Kuranlagen, des Volksparkes unter den Eichen und der Anlagen der Coulisstraße. Was auch hier kein Rückstand, sondern ein ganz erheblicher Fortschritt.

Auch unsere

Schlacht- und Viehhofverwaltung

ist nicht stehen geblieben; sie ist in den letzten vier Jahren mit einem Aufwand von rund 1/2 Million M. verbessert worden; das gesamte in der Anlage stehende Kapital beträgt nahezu 2 1/2 Millionen. Nun noch zur Verbesserung des Bildes ein Blick auf die Entwicklung der

Straßenbahnen.

so weit sie städtisch sind, und unsere Wasser- und Lichtwerke. Die Dohheimer Linie hat sich gut angehalten; sie verzehnet einen stets wachsenden Verkehr und stets wachsende Einnahmen; in den sechs vollen Betriebsjahren von 1907—1912 ist die Brutto-Einnahme von 164 000 auf 220 000 M. gestiegen; der Reingewinn stieg in der gleichen Zeit von 27 500 auf 53 500 M., hat sich also nahezu verdoppelt. Das Anlagekapital der Strecke stieg von 510 000 M. im Jahre 1907 auf 916 000 M. in 1912. Die Gewinnbeteiligung der Sächsischen Eisenbahngesellschaft stieg in den genannten Jahren von 300 M. auf allmählich 11 000 M., ist jedoch im letzten Jahre mit Einführung des fünf-Minutenverkehrs auf etwa 3000 M. zurückgegangen, jedoch also die Sächsischen ziele die Hälfte der durch diese Verbesserung entfallenden Kosten zu tragen hat. Unter Berücksichtigung dieser Gewinnbeteiligung ist die Verzinsung zunächst von 5 1/2 bis 7 Prozent gefallen und jetzt wieder auf 6 Prozent zurückgegangen. Die Rücklagen für den Erneuerungsfonds sind reichlich bemessen, jedoch Zuschüsse auch zur Anleihenabgabe nicht zu leisten sind. Das finanzielle Ergebnis ist also ein durchaus befriedigendes. Der Verkehr ist von 350 000 Wagenkilometern auf 400 000 gestiegen, die zahlenden Fahrgäste von 1,3 auf 1,8 Millionen.

Für die Vierkatharinen Linie, die Okeren 1910 eröffnet wurde, liegt das Ergebnis von drei Betriebsjahren vor; die Einnahme ist gleichmäßig von 91 000 auf 105 000 M. gestiegen; der Reingewinn nach Abrechnung der Erneuerungsrücklagen von 25 000 auf 19 500 M. zurückgegangen, nachdem 1912 der dichtere Verkehr eingeführt wurde. In gleicher Zeit stieg das Anlagekapital durch Beschaffung weiterer Betriebsmittel von 480 auf 550 000 M., jedoch die Verzinsung von 5,1 auf 3,5 Prozent zurückging und die Sächsischen ohne Gewinnbeteiligung blieb. Das finanzielle Ergebnis dieser Strecke ist also nicht so gut wie das der Dohheimer Linie. Die Anzahl der Fahrgäste ist zurzeit zirka 680 000.

Im übrigen ist jetzt schon festzustellen, daß im laufenden Jahr die Anzahl der Fahrgäste für beide Linien gegen das Vorjahr wieder im Steigen begriffen ist, so daß man mit der Entwicklung der städtischen Straßenbahnen wohl zufrieden sein kann. Fragt man das Ergebnis der Bahnen zusammen, so ergibt sich bei einem Anlagekapital von 1,45 Millionen und 30 000 M. jährl. Rücklagen ein Bruttogewinn von 73 000 M., die zur Verzinsung und Tilgung des Anlagekapitals in Anspruch genommen werden.

Wasser- und Lichtwerke.

Die Ablieferungen dieser Werke sind von 1910 mit 1274 000 M. auf 1848 000 M. in 1913 gestiegen; ausdrücklich bemerke ich dabei, daß in diesen Ablieferungen auch Beträge früherer Jahre rechnet, die mit 1913 aufhöhen werden. Diese Gewinne bilden mit unserer Einkommensteuer und der Grundsteuer das Rückgrat unserer gesamten Finanzen. Man kann im übrigen mit Befriedigung feststellen, daß die Gewinne der Wasser- und Lichtwerke nicht etwa infolge zu geringer Abschreibungen so bescheiden sind, daß im Gegenteil die Abschreibungen völlig ausreichen und sich überhaupt die wirtschaftliche Situation der Werke in einem durchaus erfreulichen Zustande befindet. Im Einzelnen auf das einzugehen, was die Werke geleistet haben, fehlt leider die Zeit; ich kann nur versichern, daß die eingehenden Berichte, welche die Vorstände der drei Werke mir erstattet haben, das Bild einer ruhigen umsichtigen Verwaltung geben, die nichts veräumt, um die Werke auf der Höhe zu halten. So sind im Elektrizitätswert in den letzten vier Jahren für Verbesserungen und Erweiterungen 1 1/2 Millionen M. ausgewandt worden; beim Gaswert zirka 1/4 Million; beim Wasserwert stieg das Anlagekapital um zirka 1/2 Million; für eine größere Handlängigkeit fehlt dank der gewaltigen Anstrengungen der Jahre 1896—1910 das Bedürfnis. Jedenfalls sehen wir unsere Werke in einer glänzenden Entwicklung.

Nicht vergessen will ich übrigens zu erwähnen, daß auch die Ausgaben für

soziale Zwecke

mit zirka 2 1/2 Millionen M. von dem Budget getragen werden. Wenn Sie nun noch hinzunehmen, daß in der fraglichen vierjährigen Periode auch für die Beamten und Arbeiter manches geschehen ist, daß der Etat beispielsweise trotz des Ausfalls der Industrie gegenüber dem Stand des Jahres 1909 eine natürliche Steigerung der Gehälter für Beamte, Hilfspersonal und Lehrer im Gesamtbetrag von 900 761 M. infolge des 1910 in Kraft getretenen Besoldungsgesetzes und die Lohnsteigerung für die Arbeiter und eine rund 100 000 M. betragende Steigerung des Pensionsetats zu tragen verstand, dann muß man in Zusammenhang des ganzen Bildes und der eben angeführten Leistungen auf den hauptsächlichsten Gebieten der Verwaltung denn doch sagen, daß die Grundlage unserer Finanzen eine recht gute und gesunde sein muß und daß es von einer außerordentlichen Inkonsistenz unserer Verhältnisse und recht oberflächlicher Verwaltung Zeugnis ablegt, wenn behauptet wird, daß die städtische Steuerpolitik die Tätigkeit der städtischen Verwaltung in notwendigen Aufgaben zum Stillstand gebracht hätte.

Nun ist es außerordentlich interessant, die zweite Behauptung auf ihre Richtigkeit zu untersuchen, nämlich die Behauptung, daß unsere Einkommensteuerpolitik — im Verhältnis zu anderen Städten — eine außerordentliche Anspannung der übrigen Steuern, Abgaben und Gebühren zur Folge gehabt hätte. Ob unsere Einkommensteuerpolitik für alle Fälle in Schutz zu nehmen oder nicht gar auf das Dogma der 100prozentigen Einkommensteuer zu verpflichten, stelle ich zunächst fest, daß bezüglich der Einkommensteuer schon 1913 Wiesbaden mit fünf anderen Städten den niedrigsten Satz erhob; 1914 wird — nachdem sämtliche Berliner Vororte über die 100prozentige Grenze hinausgegangen sind — nur noch Wiesbaden und Berlin die untere Grenze behaupten, was ja eine Beruhigung ist für die auf diesem Gebiete allzu anglophilen Gemüter; hinsichtlich der Grundsteuer steht Wiesbaden an dritthöchster Stelle unter den Großstädten; nur noch zwei Orte, Briesen und Koblenz, haben einen niederen Satz; hinsichtlich der Gewerbesteuer plaziert sich Wiesbaden an zweithöchster Stelle; nur Altona erhebt einen geringeren Satz wie unsere Stadt.

Hinsichtlich der sogenannten indirekten Steuern — Wirtschaftskontrollsteuer, Umsatzsteuer, Verzugszinsensteuer, Biersteuer, Hundesteuer und Luftverkehrssteuer — steht Wiesbaden auf einem Satz, der die Mitte hält zwischen höheren und niederen Sätzen, die die anderen Städte zur Erhebung bringen. Interessanter wird das Bild, wenn man sich einmal vor Augen hält, wie sich denn die

Steuerpolitik

unserer Stadt gerade in den letzten vier Jahren geändert hat, in denen trotz Beibehaltens der 100 Prozent Einkommensteuer die städtische Verwaltung eine recht gute Entwicklung zeigte; und hier finde ich die Anfänge einer Entwicklung, die vielleicht auch für die Freunde unserer Einkommensteuerpolitik nicht so ganz unbetrieblig sein dürfte. Da ist der Befehl der Klasse mit 500 000 M., die Ermäßigung der Einkommensteuer im Fall des Vorhandenseins von Kindern mit 35 000 M., die zweimalige Reduktion der Schankkonzessionssteuer mit 30 000 M., die Ermäßigung des Wassergelds mit einem Verluste von 170 000 M. Nehmen wir nur diese Hauptposten, dann finden Sie, daß die Stadt in der Lage war, trotz Beibehaltung der 100 Prozent Einkommensteuer und der großen Leistungen der letzten vier Jahre auf eine Gesamtsumme von Steuern, Abgaben und Gebühren von 735 000 M. Jahreseinnahme zu verzichten und damit einzelnen Berufsständen nicht unerhebliche Erleichterungen zu verschaffen.

Und welche neuen Belastungen der Bürger Wiesbadens stellen diesem Bericht auf 735 000 M. Steuern und Gebühren

gegenüber? Belastungen von nur 200 000 M., die sich verteilen auf eine Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent im Betrage von 60 000 M., aus einer Schlachthofabgabe, die die Schlachthofverwaltung zu tragen hat, im Betrage von rund 50 000 M., aus einer Tarifserhöhung der Begräbnisstellen, die 10 000 M. brachte, aus einer kleinen Erhöhung des Schulgelds im Betrage von 20 000 M., aus einer Erhöhung des wesentlich unter den Selbstkosten gebildeten Krankenhaustarifs für die 1. und 2. Klasse, die 22 000 M. lieferte, aus einem Mehr an Rechtsabfuhrgebühren von 18 000 M. und einer Erhöhung der Hundesteuer im Betrage von 29 000 M.

Die Lösung des Rätsels, daß in einer vierjährigen Periode voller Arbeitsleistung und tätigen Vorwärtstrebens außerordentliche Aufgaben bewältigt wurden, dabei noch die Einkommensteuer auf ihrer Höhe verblieb und überdies noch auf Abgaben im Betrage von rund 520 000 M. (Differenz zwischen den aufgegebenen und neu eingeführten) verzichtet werden konnte, — das alles in einer vierjährigen Periode, in der Etatbeiträge von 820 000, 686 000, 760 000 und 530 000 M. zu decken waren — liegt natürlich neben der Anwendung äußerster Sparsamkeit und vorsichtiger Verwaltung in der Einführung der Kurkarte, die dem Wiesbadener Bürger bis zu einem gewissen Grade die Sorge für die außerordentlichen Aufwendungen der städt. Verwaltung überließ, für die diese Ausgaben gemacht wurden. Ohne Einführung der Kurkarte hätten wir eine Erhöhung der Einkommensteuer von 15 Prozent vornehmen müssen und damit eine Volksflucht treiben müssen, die vom Standpunkt ausgleichender Gerechtigkeit wohl kaum zu verantworten gewesen wäre und auch die feinsten Steuerzahler verpflichtet hätte, an den Kosten von Einrichtungen mit zu bezahlen, die in ihrem Interesse garnicht geschaffen wurden. Der Vollständigkeit halber will ich noch erwähnen, daß auch eine Reform der Kurkarte vorgenommen wurde, die einen Verlust von 35 000 M. brachte und derart sich hineinpasste in die gegebenen Bedürfnisse, daß selbst der Vei der Kurverwaltung, dem man vom Standpunkt seines Reformis seine anfängliche Stellungnahme gegen die Kurkarte nachempfinden kann, sich nunmehr dahin ausspricht, daß die gefürchteten Folgen der Kurkarte nicht eingetreten sind.

Also, ich meine, Sie werden dieser in den letzten vier Jahren getriebenen Steuerpolitik eine gewisse Gesundung nicht absprechen können und werden mit mir der Auffassung sein, daß auch hier Fortschrittliches und Fortschrittliches zu erkennen ist, mindestens aber, daß festzustellen ist, daß die Behauptung nicht richtig ist, daß sich infolge der Einkommensteuerpolitik die übrigen Steuern und Gebühren ins Unerträgliche gesteigert hätten. Eine gewisse Ausnahme möchte ich allerdings machen bezüglich des Preises, den wir für elektrisches Licht erheben; jetzt schon mit Tarifänderungen hier aufzutreten, hält der Magistrat indes nicht für zweckmäßig, da eine neue Lampe in Bewertung ist, die an sich schon — wie ich höre — eine mindestens 30prozentige Ersparnis an Licht garantieren soll. Aber wir werden immerhin diese Frage nicht aus dem Auge verlieren; auch gebe ich gern zu, daß die Werkzwecksteuer einer gründlichen Reform unterzogen und zu einer erträglichen Steuer gemacht werden muß; auch will ich ebenso freimütig bekennen, daß ich es gern sehen würde, wenn sich unsere Finanzverhältnisse so besserten, daß wir die 1910 eingeführte Erhöhung der Umsatzsteuer um 1/2 Prozent wieder rückgängig machen können in Interesse der Herbeiführung eines vermehrten Umsatzes und einer erträglichen Belastung.

Und wenn nun schließlich noch behauptet worden ist, daß unsere Einkommensteuerpolitik auch die Abwanderung mehrerer Tausend Arbeiter veranlaßt hätte, so möchte ich zunächst feststellen, daß Wiesbaden in den letzten 4 1/2 Jahren an Einwohnerzahl um 4000 abgenommen hat; hiervon entfallen indes 1500 auf den Geburtenrückgang, so daß sich ein Verlust von 2500 ergibt, der allerdings sicherlich zu 1/2 aus Arbeitern und kleinen Handwerkern sich rekrutiert; im letzten halben Jahr (von Oktober bis März) ist übrigens diese Wanderung zum Stillstand gekommen; hoffen wir, daß es dabei sein werden hat.

Mit dieser Abwanderung hat aber die Einkommensteuerpolitik nichts zu tun; sie ist lediglich die Folge des Stillstehens der privaten Bautätigkeit, also die Folge einer Erscheinung, die wir — mit Ausnahme der rein industriellen Städte — mit allen anderen Städten teilen. Diese private Bautätigkeit zurzeit schon anzuregen, etwa durch Vergabe städtischen Geldes zu Hypotheken für neue Bauten, dürfte ein nicht ungefährliches Unternehmen sein angesichts der Tatsache, daß nach 5 Prozent der Wohnungen leer stehen und wir also noch 2 Prozent dem normalen Sach entfernt sind. Was wir hier tun können, liegt auf dem Gebiete der Förderung des Zuzuges vor allem aber auch auf dem Gebiete der Schaffung eines normalen Angebots von baureifem und preiswertem Gelände; die Vorarbeiten für diese Kommission sind vollendet und im Besitz der Mitglieder der Kommission, die Anfang April ihre Arbeiten aufnehmen wird.

Diese Verdünnung des Baumarcktes tritt überall hervor; lesen Sie den letzten Bericht über den Grundbesitz und Hypothekensmarkt in der Zeitschrift „Tag“ über Grundbesitz und Realcredit und Sie gewinnen wenigstens einen schwachen Trost durch die Tatsache, daß wir auf diesem Gebiete nur zu zahlreiche das selbe Schicksal teilenden Genossen unter deutschen Städten haben.

Sätten wir wirklich 10 Proz. Einkommensteuer mehr erhoben, so wäre an diesen Verhältnissen nicht das geringste geändert worden; es könnte die Einkommensteuerfrage nur insofern inbetracht kommen, als einmal aus Mangel an Mitteln wirklich notwendige Ausgaben, die Geld und lohnende Arbeitsgelegenheit schaffen, unterlassen werden müßten, bloß um der Einkommensteuer willen. Das wäre ein kaltes Prinzip, das bekämpft werden müßte, denn eine städtische Verwaltung soll nicht nur ans Sparen denken; sie soll sich auch bewußt sein, daß die Entwicklung nicht zum Stillstand gebracht werden darf, daß Nottwendiges geschaffen werden muß und schließlich auch daran zu denken ist, daß durch Schaffung lohnender Arbeitsgelegenheit die Steuerkraft sich hebt, was schließlich der Stadt selbst zugute kommt.

Der Magistrat kann sich nur freuen, mit Rücksicht auf die eben geschilderte Verwaltungstätigkeit der vergangenen 4 Jahre feststellen zu können, daß die auf allen Gebieten vorgenommenen großen Arbeiten der städtischen Verwaltung den arbeitenden Ständen, Handel und Gewerbe und dem Handwerk doch manchen guten Verdienst gebracht haben. Wir empfinden es mit Befriedigung, daß unser Budget — wie an anderer Stelle schon hervorgehoben, für soziale, vor allem auch den Kinderheimstätten zugute kommenden Zwecke rund 2 1/2 Millionen zur Verfügung stellen kann; ich rechne hierbei die Ausgaben für Armenpflege, für Kranken- und Gesundheitspflege, für Schul- und Bildungszwecke, mit Ausschluß der höheren Schulen, für Arbeiterfürsorge, für Invaliden-, Kranken-, Unfall- und Angelegenheitsverwaltung, ferner die Zuschüsse zu wohltätigen und gemeinnützigen Anstalten. Wir haben uns gefreut, für Wohlstandsarbeiten in den letzten 4 Jahren über 420 000 M. zur Verfügung gestellt zu haben, und waren gerne bereit, im laufenden Jahr wie im kommenden Etat Beträge für Wohnverbesserungen der Arbeiter in Höhe von etwa 90 000 M. bereitzustellen. — Auch das

Handwerk.

dessen schwere Bedrängnis der letzte Bericht der Handwerkskammer über die wirtschaftliche Lage des Handwerks im Kammerbesitz Wiesbaden eingehend schildert, bedarf der wohlwollendsten Berücksichtigung, und es wird eine ernste Aufgabe der Verwaltung sein, daran zu denken, daß mit Ablauf des Etatsjahres 1914 die hauptsächlichsten städtischen Bauten beendet sind; es wird dann niemand gereuen, wenn noch Nottwendiges angeführt und im übrigen auch das besondere Interesse der städt. Verwaltung darauf gerichtet wird, alles zu tun, daß auch die vom Staat beabsichtigten Bauten, Realgymnasium und Regierungsgebäude, alsbald in Angriff genommen werden können. — Der Notlage des

Haushaltswesen.

haben wir zu Steuern versucht durch ein Abkommen mit der Kass. Landesbank zwecks Hypothekensicherung; es sind auch unter Berücksichtigung der Stadt 2 1/2 Millionen zu diesem Zweck gegeben worden, wovon noch 1/4 Million aus eigenen städtischen Mitteln tritt, jedoch im laufenden Jahre 3 Millionen an Hypotheken in die Hände der städt. Grundbesitzer gelangten. Sie wissen, daß das Abkommen mit der Landesbank aus formellen Gründen aufgehoben wurde; es wird zurzeit weiter verhandelt mit der Landesbank, die sich überzets an den Herren Oberpräsidenten gewandt hat um Erwirkung der Genehmigung zu einer Erweiterung ihrer Geschäftstätigkeit und zur Vermeidung weiterer Schwierigkeiten bei erst. Abschließung eines neuen Abkommens. Sollte auf diesem Wege nichts zu Stande kommen, so wird der Magistrat versuchen, selbst auf irgend eine Weise vorzugehen.

Hoffentlich werden wir auch in der Lage sein, in Höhe eines Betrag flott zu machen, der den unteren Beamten etwas bessere Besätze verschafft.

Sie werden aus allem entnehmen, daß der Magistrat den besten Willen hat, zu helfen, wo er kann; dabei wird er es als seine erste Pflicht halten, stets darüber zu wachen, daß die Finanzlage der Stadt eine gute

bleibt. Mit außerordentlicher Bestriedigung will ich dabei feststellen, daß die Schulden der Stadt sich in den letzten 4 Jahren nicht vermehrt, sondern um 1,6 Millionen Mark vermindert haben. Seit dem 1. April 1910 bis zum 1. April 1914 sind 6,26 Millionen Schulden neu aufgenommen und 7,9 Millionen getilgt worden.

Für Neubauten und größere Umbauten sind in den letzten 4 Jahren insgesamt 12 Millionen aufgewendet worden, und zwar 8,5 Millionen aus Anleihemitteln und 3,5 Millionen aus den laufenden Mitteln des Staats. Auch das spricht für eine durchaus gesunde Finanzlage.

Wenn Sie nun diese in meinen Ausführungen eingehende geschilderten Leistungen der Stadt seit 1910 zusammenfassen, und wenn Sie ferner nicht vergessen, daß diese Leistungen trotz Wegfalls von über 1/2 Million Mark betragsreicher Einnahmen möglich waren, wenn Sie ferner bedenken, daß in dem gleichen Zeitraum auch eine vorteilhafte Verschickung bzw. Verminderung der Steuerlast — soweit die Wiesbadener Einwohner in Frage kommen — stattgefunden hat und trotz dieser Umstände noch eine Schuldenverminderung um 1,6 Millionen Mark eingetreten ist, so werden Sie zugeben, daß wir keinen Grund haben, mit der Entwicklung unseres häßl. Budgets unzufrieden zu sein.

Wir sind zu dem günstigen Ergebnis gelangt durch unsere eigene Kraft und werden das auch in Zukunft tun. Die Hoffnungen, vom Staat Hilfe zu erhalten durch ein neues Gemeindeabgabengesetz werden sich — wenn der vorliegende Entwurf Gesetz werden sollte — erledigen, denn dieser Entwurf arbeitet nach dem System der kleinen Mittel, die uns nicht helfen können, er vermeidet es, einen neuen sozial gerechteren Einkommensteuertarif den Gemeinden zur Verfügung zu stellen; auch hat er den Gehalten der Kapitalrentensteuer nicht in sich aufgenommen. Wir wollen und deshalb allein weiter helfen; die Stadt Wiesbaden besitzt in sich selbst die Kraft, wieder zu einer besseren Entwicklung zu gelangen; gewiß erwarten wir zunächst keine allzu angenehmen und leichten Jahre, aber der Magistrat fürchtet die Schwierigkeiten nicht, sondern dankt nicht, wenn er die Hoffnung hat, auch im kommenden Jahre mit der Stadtverordnetenversammlung in den Haupt- und Lebensfragen sich in so erfreulicher Uebereinstimmung zu finden, wie dies im jetzt ablaufenden Etatsjahr der Fall gewesen ist! (Lebhafter Beifall.)

Als Vorsitzender des Finanzausschusses bringt Johann

Stadtverordneter Dr. Dreger

nachstehende Berichte zur Verlesung:

I. Der Haushaltsplan für das Rechnungsjahr 1914 ist von dem

Magistrat mit großer Voricht angefertigt. Der Magistrat hat sich von dem Bericht über einen zu erwartenden starken Zuwachs infolge des „Generalparabons“ nicht verleiten lassen, die Steuern höher zu veranlagern, als sie ohne Zuwachs aus sich infolge der Duelle zu erwarten sind, und dann dementsprechend aus dem Rollen zu wirtschaften, bevor noch die Einnahmevermehrung gesichert ist. Wieder hat er die bisher mit so guten Resultaten geübte Politik der vernünftigen Sparsamkeit fortgesetzt. Einer Sparsamkeit, die für alles sorgt, was die in Wiesbaden bereits in Fälle gebotenen Anschaffungen noch wirklich mehrt, die aber nicht mit Ueberflutung vorgeht und glaubt, daß alles, was liebenswürdige Projektmacher irgendwie erdenken können, auch sofort in einem Jahre ausgeführt werden muß. So ist es ihm möglich gewesen, trotz der Derabsetzung des Wasserpreises und dem Bau des prächtigen Kaiser Friedrich-Bades ohne irgendwelche Steuererhöhung auszukommen und ein Budget vorzulegen, in welchem der seit langen Jahren bestehende Einkommensteuertarif von 100 Proz. unverändert geblieben ist, ebenso wie der niedrige Satz von 2/100 Grund- und Gebäudesteuer der nicht ganz 140 Proz. des Staatssteuerfußes ausmacht. Auch die Eröffnung der neuen Landesbibliothek und der rühmlich voranschreitende Bau des neuen Museums werden darin keinen Unterschied machen, da es möglich war, die alten Gebäude zu entsprechenden Preisen zu verkaufen. Der Finanzausschuss hat denn auch nach sorgfältiger Prüfung des Haushaltsplans wenig dazu zu bemerken und keine weiteren Wünsche zu empfehlen. Erbringen die Steuern etwas mehr als veranlagt, so müssen in erster Linie die Reserve- und Ausgleichsfonds, welche in diesem Jahre wenig bedacht werden konnten, ausgiebig berücksichtigt werden. Ebenso die Neuregelung einiger Beamtengehälter. Auch der Pfalterneuerungsfonds und der Schulbaufonds bedürfen bringend weiterer Zuweisungen. Der letzte, dem seit 1894 die Kantons aller unserer Volks- und Mittelschulen und selbst die 783 000 Mark für unsere Brunnschule, die höhere Mädchenschule am Schloßplatz, entnommen werden konnten, wird, nach Veranschlagung der im Haushaltsplan 1914 eingestellten 249 000 M. für die neue Schule an der Reinstraße und die Zentralheizung der Lehrerschule, am 1. April 1915 bloß noch einen Bestand von 12 636 M. aufzuweisen haben, wenn ihm nicht aus etwaigen Ueberflüssen des Jahres 1913 weitere Zuweisungen gemacht werden können. Denn von den 203 262 M. Ueberflüssen aus 1912 konnten ihm bloß 100 000 M. überwiesen werden, weil die weiteren 103 000 M. zur Deckung der 1913 bewilligten zweiten Arbeiterlohnsteigerung und Notstandsarbeiten verwendet werden mußten. Die Pfaltsteuer, welche diese Kosten decken sollte, konnte im laufenden Jahre noch nicht erhoben werden. Sie ist nun mit nur 80 000 M. in dem vorliegenden Etat eingestellt und es ist zu hoffen, daß die Genehmigung zeitig erfolgen wird, um sie wenigstens für 1914 erheben zu können. Die Schenkungssteuer, die 1910 noch mit 75 000 M. eingestellt werden konnte, kommt infolge der wiederholten Veränderungen jetzt bloß mit 20 000 M. in Betracht. Sie hat bis 28. Februar 1914 nur 16 600 M. ergeben, wie dies gelegentlich der letzten Kammerung bereits vorhergesehen worden war. Bloß die direkten Steuern zeigen ungeachtet unserer niedrigen Sätze eine gesunde stetige Zunahme, und empfehlen damit die Wertschätzung der seit langen Jahren befolgten Steuerpolitik. Trotz der geübten vernünftigen Sparsamkeit ist Wiesbaden dabei eine der schönsten, angenehmsten und gesündesten Städte Deutschlands geworden. Ermöglicht wurde dieses Resultat aber auch mit dadurch, daß Wiesbaden in seinen industriellen Betrieben, dem Stahl-, Gas- und Elektrizitätswerk, werbende Anlagen hat, die der Stadt bedeutende Ueberflüsse zur Verfügung stellen konnten, zum Teil freilich nur unter Heranziehung von Ueberflüssen aus früheren Jahren. Die letzteren erscheinen in dem vorliegenden Budget zum letztenmal. Gollen diese Werke weiter die Finanzen Wiesbadens kräftig unterstützen können, so müssen dieselben aber auch produktiv erhalten bleiben, und es darf ihnen nicht durch Herabdrückung ihrer Preise die Lebenskraft beschnitten werden. Wir sind darin bereits etwas weiter gegangen, wie manchem richtig erschien, als wir den Preis für unser vortreffliches Wasser von 30 auf 25 Pf. den Kubikmeter ermäßigt haben. Es geschah dies, um solchen wohnenden Hausvermietern zu helfen, welche in Ermanglung von befonderen Wasserzweigen in den einzelnen von ihnen vermieteten Wohnungen, das Wasser für ihre Mieter mitbezahlen mußten und dies in der gegenwärtig gedrückten Lage vieler Vermieter als eine Härte empfanden. Eine als Kompensation gedachte mögliche Wasseranschlaggebühr, die von den Mietern getragen werden sollte, fand in der vorgeschlagenen Form keinen Beifall und so geht dem Wasserwerk bereits 170 000 M. jedes Jahr verloren. Weiter in dieser Richtung darf aber nicht gegangen werden, wenn unsere Finanzen gesunde bleiben sollen. Die größte Steigerung der Ausgaben tritt wieder bei der Schulvermehrung ein: 100 000 M. mehr als im Vorjahre. Abgegeben von jeder Verzinsung und Tilgung der Gebäude erfordern sie dieses Jahr einen Zufluß von 1 856 746 M., bedeutend mehr als die Hälfte der gesamten Einkommensteuer von 2 950 000 M. Davon entfallen auf die höheren Schulen rund 336 000 M., die Volksschulen rund 836 000 M., die Mittelschulen rund 254 000 M., der Rest auf die gemeinsame Schulverwaltung. Die Ausgaben für Verzinsung und Tilgung dagegen haben sich angenehmerweise gegen das Vorjahr um 11 000 M. verringert; der dem Ordinarium zur Last fallende Betrag sogar um 134 000 M. In dem Maße, in dem im letzten Jahre erfolglos Abtragung des Restes der 1879 er Anleihe. Eine ähnliche Erwartung wird aber in den nächsten Jahren nicht folgen, da keine größere Anleihe vor dem Jahre 1924 ganz abgetragen sein wird. Der Etat der ordentlichen Verwaltung für 1914 schlägt ab in Einnahmen und Ausgaben gleichlautend mit 13 052 133,93 M. so ziemlich dem gleichen Betrage wie im Vorjahre. Der Antrag des Finanzausschusses geht dementsprechend dahin:

„Die Stadtverordneten-Versammlung wolle der Festsetzung des

Haushaltsplanes der ordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 in Einnahmen und Ausgaben auf 13 052 133,93 M. zustimmen und genehmigen, daß für das Rechnungsjahr an Steuern erhoben werden:

1. eine Gemeindegemeinschaftsteuer von 100 Proz. der Staatssteuer;

2. eine Gewerbe- und Betriebssteuer von je 150 Proz. der staatlich veranlagten Gewerbe- und Betriebssteuer, und 3. 2/100 Proz. des gemeinen Wertes der Gebäude und Grundstücke, gleich 139,96 Proz. der vom Staate veranlagten Grund- und Gebäudesteuer.

II.

Bei etwas Zurückhaltung ist es dem Magistrat möglich gewesen, auch im laufenden Rechnungsjahr ohne Anleihe auszukommen. Und zwar ist dies geschehen, ohne daß irgend etwas Befriedigendes in der günstigen Weiterentwicklung Wiesbadens verkannt wurde. Unser herrliches Kaiser Friedrich-Bad, das mit seinen praktischen modernen Einrichtungen auch den veredeltsten Anforderungen gerecht wird, ist vollendet und schon reichlich von Kurgästen und Einheimischen benutzt worden. Ebenso das neue Gebäude der Landesbibliothek mit seinem gut ventilierten großen Lesesaal. In den Erweiterungen des städtischen Krankenhauses sind weitere Fortschritte gemacht worden, so daß mit dem Jahre 1914 zu vollendenen Pavillons III und IV die gesamten nahezu 3/4 Millionen folgenden Erweiterungsarbeiten abgeschlossen sein werden. Auch unser neues Museum ist bereits unter Dach und wird, neben seinem Hauptzweck, der Aufnahme unserer reichen Natur- und Kunstschatze, eine weitere Zierde unserer Stadt werden. Dank seiner günstigen zentralen Lage am Kreuzungspunkte unserer wichtigsten Straßen (der Rheinstraße, Wilhelmstraße und Kaiserstraße) wird es sofort jedem Ankommling zeigen, daß Wiesbaden, neben allen seinen sonstigen Vorzügen, auch die geistigen Interessen hegt und pflegt. Dabei ist unsere finanzielle Lage eine recht günstige geblieben. Abgeben von den Schulden unserer sich selbst tragenden Zweigverwaltungen, deren Gehältern es ermöglicht hat, bei Weiterentwicklung aller Anstalten unsere seit Jahren sehr gehaltenen niedrigen Steuerfüße beizubehalten, betragen unsere Schulden am 1. April 1914 nur 34 368 270 M. Damit stehen sie bloß 400 000 Mark höher als vor 3 Jahren, wo sie mit 33 969 478 M. zu Buch standen, während unser Grundbesitz weiter stetig zugenommen hat. Für das kommende Rechnungsjahr ist zwar ein Anleihebedarf von 3 197 400 M. vorgesehen, dem bloß eine Tilgung von 1 185 945 M. gegenübersteht, so daß rechnerisch eine Schuldensumme von 2 011 455 M. in Aussicht steht. Davon ist aber eine halbe Million für den Grundstücksfonds bestimmt, dem im Jahre 1913 bereits eine Million zugewiesen war. Auch dürften die in den Etat der außerordentlichen Verwaltung für 1914 eingestellten 1 500 000 M. Einflüssen des neuen Museums folgerichtig den 2 000 000 Erlös aus dem Grundbesitz des alten Museums entnommen werden, da uns dieses Grundstück zusammen mit den alten Gerichtsgebäuden gegeben wurde, um daraus die Kosten des Museums-Neubaus zu decken. Außer den erwähnten 500 000 M. für den Grundstücksfonds und den 1 500 000 Mark für den Museumsneubau sollen aus der vorgesehenen Anleihe von größeren Beträgen zur Verfügung gestellt werden: 400 000 M. für den Neubau des Theaters II am Bodelslag, 250 000 M. für die Erweiterungsbauten des Krankenhauses, 262 000 M. für die Erweiterung der Kanalisation, 105 000 M. für Straßenbauten und 75 000 M. für Erweiterung der Dekorationsmagazine des Hoftheaters. An wichtigen Aufgaben für die gesunde Fortentwicklung Wiesbadens fehlt es demnach noch nicht. Deshalb kann nur wiederholt empfohlen werden, der Verwaltung nicht mit unangenehmen Projekten zu kommen, wenn sie auch dem einen oder anderen von uns als wünschenswert erscheinen möchten. Gesunde Finanzen sind auch eine schöne Einrichtung für eine Stadt und verdienen noch mehr zu ihrem dauernden Vorteil als mancher überflüssige Prunkbau. Der Finanzausschuss beantragt:

„Die Stadtverordnetenversammlung wolle, unter Vorbehalt der besondern Genehmigung der ausserordentlichen Verwaltung für das Rechnungsjahr 1914 mit 3 895 825,43 M. in Einnahmen und des gleichen Betrages in Ausgabe ihre Zustimmung erteilen.“

*

Stadtverordneter Mittelschullehrer Maerner dankt dem Herrn Oberbürgermeister und dem Referenten des Finanzausschusses für die ersatteten ausführlichen Berichte. Mander Hoffnungsstrahl ist uns geworden. Hoffentlich hat die Mehrsteuer das Gute im Gefolge, daß den Beamten und Lehrern, die noch immer auf die Erhöhung ihrer Gehälter warten, ihre Wünsche erfüllt werden. Anfangs- und Endgehalt sei zu niedrig; die Staffelnung verbesserungsfähig. Er wolle heute seinen Antrag stellen, wohl aber den Wunsch aussprechen: behalten Sie die Aufbesserung der Gehälter für die Beamten und Lehrer im Auge.

Stadtverordneter Hartmann wünscht einen besseren Ausbau des Promenadenwegs in der Viebrüder Straße und im Kaiser-Friedrich-Ring. Ein weiterer Wunsch lautet dahin, man möge die Tarife für die Hausanschlässe sowie den Preis für elektr. Kraft ermäßigen. Die Forderung der Freifahrtkarten zur elektr. Straßenbahn für alle Stadtverordneten müsse er auf neue erheben; was man in Breußen den Parlamentariern für die Eisenbahn gewähre, dürfe man den Stadtverordneten in Wiesbaden für die Straßenbahn nicht vorenthalten. Der Haus- und Grundbesitz, so sagt Redner, lastet noch immer unter dem Druck der Wertzuwachs- und der Umsatzsteuer; die erstere ist in den Erträgen von den Kommunen zu reklamieren und die Umsatzsteuer ist von 1/2 auf 1 Prozent zu ermäßigen.

Stadtverordneter Demmer hält eine längere Rede und betont darin gegen die einseitige Interessenpolitik der Stadtverwaltung zugunsten der Kur; hierin liege auch der Grund des Einwohnerrückgangs des Residenzstadt. In der Steuerpolitik schont man die Reichen und geht rigoros gegen die Arbeiterveranlagungen vor, unter Einforderung der Lohnlisten. Der Generalparabon sei nicht anderes als ein Entgegenkommen gegen die Steuerträger. In Wiesbaden zahle man wohl die niedrigsten direkten, aber die höchsten indirekten Steuern. Redner vermisst in dem Etat die Einstellung eines Fonds zur Einführung der Arbeitslosenunterstützung. Der Herr Oberbürgermeister hat uns in seiner schönen Rede vieles gesagt, aber leider ist er nicht darauf eingegangen, wie eine Verringerung der wirtschaftlichen Verhältnisse sich herbeiführen lassen. Dies ist nur möglich durch die Heranziehung von Industrie und die Eingemeindung der Vororte. Für die Kur tut man alles, man bewilligt für die Kurden 30 000 Mark und opfert dem Kaiser Friedrich-Bad 75 000 Mark — und doch nutzt alles nichts, Wiesbaden geht zurück. In dem Etat fehlt weiter eine Statistik über die Arbeiterlöhne, die erhöht werden müssen. Auch unterstützen wir die Eingabe der Beamten auf Erhöhung ihrer Gehälter. Wenn der „Kewas“ aus dem Generalparabon verteilt wird, werden wir uns schon melden. Wir fordern eine Erhöhung der Armenzuläufe. Wo bleibt das Ergebnis der Wohnungszählung vom Juni 1912? Hat das statistische Amt so viel zu tun oder verschweigt man das Resultat mit Absicht? Für die Volksbildung muß mehr geschehen; wir fordern Volkskonzerte im Paulinenschloßchen, ausgeführt durch das Kurochester — dies umso mehr, als man den Kurgarten und den Kochbrunnen für das Proletariat geschlossen hat. Ueber die Zustände auf der Wiesbadener „Elektrischen“ laßt die ganze Welt; wie sieht es mit den Vorbereitungen zur Erwerbung der Straßenbahn für die Stadt?

Stadtverordneter Barner, Stadtkämmerer a. D., tritt für die Interessen der Beamtenschaft ein und fordert die Gehalts-erhöhungen und desgleichen für die Pensionäre.

Stadtverordneter Gerhardt: Daß bei uns eine Geldknappheit besteht, ersieht man aus dem Etat — der für soziale Aufgaben nicht viel aufweist. Das Krankenhaus ist teuer und steht auf der Höhe; aber in manchen Punkten könnte doch gespart werden. Die Erhöhung der Pflegefälle im Krankenhaus, wodurch hauptsächlich die Krankentafeln getroffen werden, ist höchst unsozial. Für die unteren Beamten am Krankenhaus könnte auch etwas mehr geschehen; die Portiers sind überlastet und das Gehalt für den Leichenwärter (1500 Mark) ist zu niedrig. Dagegen halte ich das Gehalt (600 Mark) für den evangelischen Geistlichen, inab-trachtet seiner Tätigkeit im Krankenhaus, für zu hoch! (Stadtverordneter Wolff: Sehr gut!) Die Errichtung eines Sanatoriums für Lungentranke ist unbedingt erforderlich. Die Wiesbadener Schulen sind gut; aber die Volksschule erfüllt das nicht, was man von ihr verlangen kann. Die Mittelschulen drücken die Volksschulen zu einer Armenschule herab.

Stadtverordneter v. Ed.: Die beiden Redner der äußersten Linken (Demmer und Gerhardt) haben dem Etat viel Anerkennung gezollt. Was sie fordern, war nicht neu. Sie haben sich aber die Deckungsfrage sehr leicht gemacht, indem sie alles auf das

Resultat des Generalparabons abwälzten. Wenn man von der Linken eine Erhöhung der Einkommensteuer fordert, so sei doch daran erinnert, daß mit der Erhöhung der Einkommensteuer auch eine solche der Realsteuern erfolgen muß — und ob dies im Interesse der Grundbesitzer liegt, wolle er nicht beantworten. Wenn Herr Demmer den Ausdruck „Bezügler“ gebrauchte, so müssen wir dies doch zurückweisen. Was zahlen denn die Arbeiter an Steuern? Sehen wir uns doch einmal die Steuerliste an. Da finden wir die Namen unter der Rubrik „fingierter Steuerfuß“, das sind die fogen. 3 Mark-Männer. Namens meiner politischen Freunde erkläre ich, daß Herr Maerner nicht pro domo, sondern für uns alle gesprochen hat. Wir sind für die Ansprüche der Beamten und Lehrer — aber geben sie uns auch die Mittel.

Stadtverordn. Busch spricht ebenfalls für die Beamten und namentlich für eine Kategorie derselben, für die Militäramwärter, die eine Gehaltssteigerung unumgänglich notwendig hätten.

Oberbürgermeister Gläffing dankt für die lokale Beurteilung des Etats und begründet die positive Mitarbeit der äußersten Linken. Nicht alle Fragen könne und dürfe er beantworten. Wenn Sonnenberg so vernünftig wäre, die Eingemeindungsfrage nicht als ein Geschäft zu behandeln, könne Sonnenberg in einem halben Jahre eingemeindet sein. Inbetriff der Arbeitslosenversicherung würde man wahrscheinlich auf dem Boden eines Kompromisses sich einigen; ein Kompromiß würde auch in Sachen der Freifahrtkarten zustande kommen. Das verlangte Stieghaus komme, und zwar würde die Grundsteinlegung noch in 1914 erfolgen. Die Erfüllung sei um so leichter, als die Mittel dazu vorhanden. Für die Arbeiter habe man einen Lohnzettel eingeführt und binnen kurzem eine zweimalige Lohnsteigerung eintreten lassen. Wiesbaden gibt für seine Schüler folgendes pro Kopf aus: höherer Schüler 152 Mark, Mittelschüler 74 Mark und für jeden Volksschüler 91 Mark. Die mehrfach besprochene Gehaltssteigerung der Beamten und Lehrer beanspruche rund 400 000 Mark.

Stadtverordn. Rechtsanwalt Kräcke hat zwei Wünsche vorzutragen. Einmal erkläre er, daß er und seine politischen Freunde (die Rationalisten) den Beamten ihre geforderte Gehaltssteigerung bewilligen werden. Für die Langgasse verlangt er die Verbesserung des Fahrplans der „Elektrischen“.

Ein Antrag Elze und Barner auf Vertagung der Verhandlungen war abgelehnt worden. Um halb 8 Uhr wird die Generaldebatte geschlossen, nachdem sich keine Redner mehr gemeldet hatten.

Den Lesern des Berichtes dürfte es auffallen, daß die kleine Zentrumsfraktion sich heute so ganz ungewöhnlich hat. Die Ursache ist leicht zu erraten. Sie hielt sich wohl für zu gut, das Bettrennen um die Gunst der Beamten mitzumachen und Medien zum Fenster hinaus zu halten. Die Vertreter des Zentrums haben bisher noch immer treu zu den Beamten- und Lehrerschaft gehalten und bewilligt, was sie verlangten, und so wird es auch in Zukunft sein. Mit Worten ist der Beamtenschaft nicht geholfen, sondern durch die Tat. Möge man die Eingabe der Beamten- und Lehrerschaft recht bald vorlegen — die Zentrumsvorteiler werden dafür stimmen. — e.

Aus Wiesbaden

Fürsorgeverein Johannesstift Wiesbaden e. V.

Die ordentliche Mitgliederversammlung des Fürsorgevereins Johannesstift am Donnerstag leitete die erste Vorsitzende, Frau M. Grohmann, Frau Gerkenberger verlas das Protokoll der letzten Mitgliederversammlung und Frau General Bennin den im Druck erschienenen

Jahresbericht,

dem folgendes zu entnehmen ist: Im Berichtsjahre verlor der Verein in der Person des hochseligen Bischofs Dr. Dominikus einen hochherzigen und weisen Förderer. Sein Nachfolger, der hochwürdigste Herr Bischof Dr. Augustinus, sollte bei seiner Anwesenheit in Wiesbaden den Schwestern des Johannesstiftes warme Worte der Anerkennung und verdieser die in einer Audienz empfangenen Damen des Vereins seines Rates und Beistandes. Das Johannesstift erhielt im Vorjahre von Behörden, Vereinen und Privatpersonen wiederholt Besuch, die sich über die Anstalt in günstigem Sinne äußerten. Die Erziehung und Ausbildung der Jünglinge ist eine gediegene. Die Mädchen werden zu den verschiedensten Hausarbeiten je nach ihren Fähigkeiten herangezogen und erhalten Unterricht in Religion und den Elementarfächern von einer Lehrerin. Der Vorstand blieb der gleiche wie im Vorjahre; 19 Mitglieder arbeiten auf den verschiedensten Vereinsgebieten. Im Hause Außenplatz 8 befindet sich die Geschäftsstelle, die von einer angestellten Berufsfräule geleitet wird. Im Jahre 1913 war das Johannesstift von 118 Mädchen mit 14 994 Verpflegungstagen und 65 Kindern mit 10 771 Verpflegungstagen besucht. Es wurden im letzten Jahre 32 Vormundschaften, 2 Pflegefamilien und 16 Säuglingen gefürht. Der Verein erhielt im Hinblick auf den projektierten Neubau 11 300 Mark an Beiträgen. Die Kollekte bei den Katholiken des Regierungsbezirks ergab die schöne Summe von 6913 M., welche hauptsächlich der Mithilfe der Pfarrgeistlichkeit zu danken ist. Ein Zerkel im Besonderen erbrachte 1999,75 M. In den Tagen vom 15.—17. Okt. 1913 fand in Wiesbaden die alle 3 Jahre wiederkehrende Generalversammlung des katholischen Fürsorgevereines statt, die aus allen Gauen Deutschlands gut besucht war. Eine anlässlich der Tagung angeordnete öffentliche Versammlung nahm einen glänzenden Verlauf und war von Vertretern der staatlichen und städtischen Behörden besucht. Vorträge hielten dort Frau Amtsgerichtsrat Neuhaus (Dortmund), Frau Justizrat Hellraech aus Münster und Frau Dr. Thomas (Dortmund). Dem Herrn Landeshauptmann Krekel schuldete der Verein Dank für die Ueberlassung des Landesbesuchstales. Die Schwierigkeit für die Erweiterung des Johannesstiftes sind zum Teil behoben, so daß zur Ausführung der Arbeiten geschritten werden kann. Der Jahresbericht schließt mit der Aufforderung um weitere Unterstützung des Fürsorgevereins Johannesstift. Rang dem ärztlichen Bericht war der Gesundheitszustand bei den Mädchen und Kindern im allgemeinen recht gut. Nach dem

Kassenbericht,

von Frau Rechnungsrat Trimborn erstattet, schließt die Jahresbilanz in Aktiven und Passiven mit 229 110,06 M., das Gewinn- und Verlustkonto mit 50 242,78 M., darunter 18 682,07 Mark Ueberflüssen. Die Rechnung ist von den Herren Generaloberarzt Dr. Böhren und Dr. Schwarz geprüft und für richtig befunden worden; Vorstand und Kassamotherin wurde Entlastung erteilt.

Herr Dekan Stadtpfarrer Gruber

behandelte nach Erledigung des geschäftlichen Teiles in einem Vortrag das Thema: Christliche Schutzhäuser in alter und neuer Zeit. An das herrliche Beispiel des barmherzigen Samaritan im Evangelium erinnernd, wies Redner darauf hin, daß man bereits im Alten Bunde Schutzhäuser kannte. Hoch ein Schuldbeladener in ein solches Haus, war er geborgen, solange nicht die Richter über ihn ihr Urteil gesprochen. Der göttliche Heiland gab, solange er sein Lehramt am Erden ausübte, stets ein herrliches Beispiel, wie man sich der Armen und Notleidenden annehmen müsse. Das erste Schutzhause war das der hl. Familie in Nazareth. Auch die Apostel predigten die Gastfreundschaft. In den ersten christlichen Zeiten mußte jeder Bischof ein Hospiz für die Notleidenden und Armen haben, wie es ein Konzil vor schrieb, und auch die Frauen betätigten sich hervorragend, wie es ja in ihrem Naturell liegt, in der Pflege und Unterstüttung Hilfsbedürftiger. Da es jedoch auch in dieser Zeit schon Unwürdige gab, welche die Wohlthätigkeit anderer gewinnlosig auszunutzen suchten, führte man die Empfangsbriefe ein. Das Christentum stand mit seiner wohltuenden Nächstenliebe in schroffem Gegensatz zum Heidentum, das die Notleidenden und Armen, Kranken und Gebrechlichen einfach aus seinen Reihen ausstieß. Kaiser Julian, der dem Christentum nicht wohlwollte, aber sah, welche Erfolge es errang, indem es sich der Notleidenden annahm, empfahl seinen Anhängern das Beispiel der Christen zur Ausübung werktätiger Nächstenliebe. Hervorragende hl. Männer, wie der hl. Augustinus, Pabst Gregor der Große, nahmen sich der Armen und Verlassenen an. Nachdem Konstantin dem Christentum den Sieg gebracht, entstanden zahlreiche Hospize, und die Mütter nahmen sich der Bedrängten an. Das erste große Hospiz finden wir in Caesarea, von Basilides dem Großen errichtet. Die Kaiserin Helena baute große Türme, die nachts den Pilgern als Leuchtürme den Weg zeigten und zugleich als

Schulhäuser dienten. Die Pflege in den Hospizen wurde aus-
gezeichnet von Diakonen und Diakonissen; auch Bischöfe und andere
hervorragende Männer, Kaiserinnen und Fürstinnen betätigten
sich hier auf dem Felde der Nächstenliebe; erinnert sei nur an die
hl. Elisabeth, die in Eisenach ein Hospiz errichtete. Wie schon an-
gedeutet, nahmen sich die Mönche, wie der Orden der Bistritzer,
ferner die Frauenklöster, die Stiftsherren der Ämner und Ver-
lassenen an. Es entstanden die Elendshäuser; die Ritterorden und
Zunungen gründeten Hospize; erinnert sei an die Taubengründer.
Über wo Licht, da auch Schatten. Dadurch, daß die Mönche den
Bürgern und Notleidenden Unterkunft boten, entstand hier oft
Unordnung; unantwärtige Elemente schlichen sich ein und brachten
die Häuser in Mißcredit. Mit Ausbruch der Kriege, die unser
Vaterland heimsuchten, verschwanden die Hospize; doch die Lieb-
tätigkeit war damit nicht begraben. Es entstanden neue Plätze
der Betätigung der Nächstenliebe. Der hl. Ignatius v. Loyola,
der Gründer des Jesuitenordens, der hl. Johannes von Gott, der
Begründer des Ordens der Barmherzigen Brüder, ein Sinzig
v. Paul nahmen sich der Armen und Verlassenen an. Die Re-
volution und Säkularisation hoben die Stiftungen wieder auf,
das 19. Jahrhundert, das man das Jahrhundert der Liebe nennt,
brachte wieder neue Niederlassungen; erinnert sei an Adolf Kol-
ping, den Begründer der Gesellenvereine. Es entstanden und
entstehen neue Fürsorgehäuser, von Vereinen und Behörden ins
Leben gerufen, in denen ein religiöser Geist herrscht. So haben
wir hier in Wiesbaden das Johannestift, 1907 gegründet, 1909
erweitert, von Schweftern des hl. Augustinus geleitet. Verlagert
wurde ihm unsere Unterstützung nicht; machen wir es dem hl. Hause
in Nazareth gleich, wo Gottesfurcht und Nächstenliebe, Friede und
Tugend herrschte. (Vollst. Bericht.)

Die Vorsitzende dankte Herrn Stefan Gräber für seine schönen
und begeisterten Worte und allen, die dem Johannestift ihre
Hilfe angedeihen ließen mit der Bitte um weitere hilfreiche Unter-
stützung.

Danktelegramm

Dem Herrn Oberbürgermeister ist auf ein an den Kaiser ge-
richtetes Wächterschreiben zur Geburt eines Thronfolgers
in Braunschweig folgende Drahtantwort aus Berlin zugegangen:
„Reinen besten Dank für die freundlichen Glückwünsche
Meiner Residenz Wiesbaden zu dem frohen Familienerfolge
in Braunschweig. Wilhelm I. R.“

Rassauer Denkmal auf dem Schlachtfeld von Waterloo

In dem kommenden Jahre, in dem sich der Gedenktag der
großen Entscheidungsschlacht bei Waterloo zum hundertsten Male
feiert, werden sicherlich Tausende und Abertausende das berühmte
Schlachtfeld besuchen. Im Rassauerlande dürfte es weniger be-
kannt und fast in Vergessenheit geraten sein, daß in der deut-
wichtigen Schlacht Nassaus Söhne die herrlichsten Proben ihrer
Tapferkeit geliefert haben. Waren sie doch die unbesiegbaren helden-
haften Verteidiger der Ferme Hougomont und die Stütze Wellin-
tons. Alle Höllekräfte, deren Söhne den Helmboden bei Water-
loo fanden, haben das Gedächtnis der Toten durch Errichtung von
Denkmälern geehrt, so die Niederländer, Altpreußen, Eng-
länder, Hannoveraner und Franzosen. Nur an die Toten aus
den Reihen Nassaus Söhne und an die Tapferkeit der Nassauischen
Regimenter erinnert kein Denkmal. An der historischen Stätte
soll demnächst ein würdiges schlichtes Ehrenzeichen errichtet, das
allen Besuchern Kunde gibt von der rühmreichen Beteiligung der
Nassauer an der Schlacht von Waterloo. Zur Verfolgung dieses
Gedankens hat sich in Wiesbaden ein Arbeits-Ausschuß
gebildet, an dessen Spitze Beigeordneter Borgmann, Stadtrat
Kapitänleutnant a. D. Klett, stellvertretender Archivar Kühner
und Hofrat Dr. Spielmann stehen. Der Arbeits-Ausschuß wird
in aller nächster Zeit mit einem Aufruf an die Öffentlichkeit treten
und ist zurzeit mit der Bildung eines Ehren-Ausschusses be-
schäftigt.

Berein für Sommerpflege armer Kinder

Der Wiesbadener Verein für Sommerpflege armer Kinder
heft gestern im Landeshaus in Wiesbaden seine diesjährige ordent-
liche Mitgliederversammlung unter dem Vorsitz von Frau K. Re-
tens ab bei guter Beteiligung. Nach dem von Frau Dr. Reben
erstatteten Jahresbericht liegt die Zahl der Mitglieder von 1078
auf 1476. Die Zahl der im abgelaufenen Jahre zur Pflege ange-
melde Kinder war größer, denn je, sie lag um 40. Die Ein-
nahmen waren um 8416 Mark geringer als die Ausgaben. Dabei
haben die Pflegestellen eine Erhöhung des Tageslohn verlangt,
sodas auch hier die vorgezeichnete Position um 4262 Mark über-
schritten worden ist. Der Verein nahm deshalb 3000 Mark Dar-
lehen bei der Nassauischen Landesbank auf. Das „Kaiser Wilhelm-
heim“ in Rastatt ist neu in die Organisation aufgenommen
worden. Aus einem Orgelkonzert in der Marktkirche stoffen dem
Verein Mittel zu, aus einem Legat der Frau K. Appel 3000 Mark.
Die dem Schatzmeister Peterjen geschickten geschnittenen
Ergaben 794 Mark Erlös. Nach dem von Peterjen vorgetragenen
Bericht ergaben sich 3000 Mark Defizit. Auf 46487,34 Mark
wurde die Rechnung ausgestellt. Nach Prüfung derselben wurde
dem Rechnung und Vorstand Entlassung erteilt. Der Voranschlag
für das neue Jahr wurde mit 36998 Mark gutgeheißen. Die
Jahresbeiträge stellen sich dabei auf 9500 Mark, die einmaligen
Beiträge auf 13000 Mark, die übrigen Einnahmen kommen aus
Zinsen und Geschenken usw. Gegen 675 im Vorjahre sind in
diesem Jahre nur 575 Kinder zur Pflege vorgeföhren. — Der
seitiger Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt, in den
engeren und weiteren Ausschuss neu gewählt: Stadtschulrat Dr.
Müller, Albert Müller, Dr. Geisler, Frau Berle, Frau Sartorius,
Herr Bogler und Karl Danderhoff (Vize). Zum Schluß dankte
die Vorsitzende allen freundlichen Gebern und Unterstützern der
guten Sache aufs herzlichste.

Berichtspersonalen

Der Aktuar Reist dahier ist zum Amtsgerichtsekretär beim
hiesigen Amtsgericht ernannt. — Der Assistent Bireg in Frank-
furt ist als Amtsgerichtsekretär an das Amtsgericht in Höchst
versetzt. — Der Amtsgerichtsassessor Gummel in Höchst ist nach
Frankfurt versetzt. — Der Amtsgerichtsekretär Teunstedt in
Reinold ist als Landgerichtsekretär nach Wiesbaden versetzt. —
Amtsgerichtsekretär Hartwig in Idstein ist an das Amtsgericht
in Frankfurt versetzt. — Aktuar Hartmann in Frankfurt ist
zum Amtsgerichtsekretär in Mingen ernannt. — Amtsgerichts-
sekretär Caspar in Wehen ist an das Amtsgericht in Idstein
versetzt. — Aktuar Schowitz in Diez ist als Amtsgerichtsekretär
nach Wehen versetzt.

Vermischte hädtische Nachrichten

Im Alter von 55 Jahren verstarb gestern Generaloberarzt
R. Seeliger, Meißstraße 31 wohnend. — Ferner starb gestern
Landessekretär Peter Kerzmann, 67 Jahre alt, Seeroben-
straße 25 wohnend.
In der Friedrichstraße rannte heute mittag ein Konditor-
burche mit seinem Rad in einem Bierwagen. Die Lorte wurde be-
schmutzt, das Fahrrad beschädigt.

* **Wahenverzeichnis.** Für die Hungernden der Franziskaner-
Mission in Japan. Uebertrag 150 M. Von R. R. 5 M., aus Baden
10 M., Ungenannt 2 M. Sa. 117,50 M.

Sunfnotizen

* **Rönigliche Schauspiele.** Die nächsten Parfial-Auf-
führungen finden am Donnerstag, 26. März (Anfang 6 Uhr) und
Sonntag, 29. März (Anfang 4 Uhr) statt. Der Vorverkauf be-
ginnt Freitag, 20. März; Vorbestellungen werden bereits jetzt
entgegengenommen. Am 3. April wird Schillers „Wilhelm Tell“
wieder in den Spielplan aufgenommen, und danach beginnen die
Vorbereitungen für das fünfaktige Schauspiel „Der einsame Weg“
von Arthur Schnitzler.

* **Rönigl. Schauspiele.** (Spielplan vom 22.-30. März.)
Sonntag: Sechtes Symphoniekonzert. Montag, bei aufsch. Ab.: „Ogys
und sein Ring“. Dienstag, Ab. A.: „Volensur“. Mittwoch, Ab. C.:
„Der Evangelist“. Donnerstag, bei aufsch. Ab.: „Parfial“. Auf.
6 Uhr. Freitag, Ab. B.: „Der Bogen des Odysseus“. Samstag, Ab. D.:
„Doktoriums Erzählungen“. Sonntag, bei aufsch. Ab.: „Parfial“. Auf.
4 Uhr. Montag, Ab. C.: „Der Bogen des Odysseus“.

Letzte Nachrichten

Von Dallwitz Statthalter

Berlin, 20. März. Die Morgenblätter melden, die Ern-
nung des Ministers des Innern v. Dallwitz zum Statthalter von
Sachsen-Vogtland siehe bevor.

Die Krise in Frankreich

Paris, 20. März. Der Rücktritt des Marineministers
Monis ist endgültig. Als Nachfolger werden die Senatoren Peyrol
und Gauthier genannt.

Gegen die Standard Oil Comp.

München, 20. März. Nach einem Erlass der Regierung ist die
Lieferung von Petroleum, das von der Standard Oil-
Comp. herrührt, für alle bayerischen Staatsbetriebe vollständig
ausgeschlossen.

Vom Balkan

Belgrad, 19. März. In der Stupischina erklärte Minister-
präsident Pasich in Beantwortung einer Interpellation des
Jugradikalen Stersich, daß die Verbindung geschäft-
licher Beziehungen zum Staate mit der Stellung eines
Ministers, eines Mitgliedes des Staatsrates oder eines
Volksvertreters unvereinbar sei. Die Regierung sei
bereit, an die gesetzliche Regelung dieser Frage heranzutreten.
Die Stupischina nahm eine diesbezügliche von der Regierung
gebilligte mobilisierte Tagesordnung an.

Athen, 19. März. In der heutigen Sitzung der Kammer er-
klärte der Marineminister, die Regierung habe das Schiff-
bauprogramm den Bedürfnissen und den Mitteln des ver-
größerten Griechenland entsprechend genehmigt. Die Flotte werde
um drei Panzerschiffe vom Trepanonghittis mit Einschluß der auf
der Vulkanwerft im Bau begriffenen Einheiten, drei Panzerkreuzer
und eine entsprechende Zahl kleiner Einheiten, vermehrt werden.
Aus Grund dieses vom griechischen Generalstab und von der eng-
lischen Marinemission gebilligten Programms seien Bestellungen
in Auftrag gegeben worden, über die genaue Einzelheiten be-
kannt zu geben, die Regierung nicht für angezeigt halte. Die Re-
gierung könne die Versicherung geben, daß sie die Bedürfnisse des
Landes vollkommen würdige, vor keinem Opfer zurückschrecke und
fest entschlossen sei, die durch technische Überlegenheit und den un-
vergleichlichen selbstlosen Mut der Offiziere und Mannschaften
unter Führung des rühmlichen Admirals Roudamittis erreichte
Oberherrschafft zur See zu jeder Zeit zu sichern. Die Ausführungen
des Ministers wurden vom Hause und den Tribünen mit begeister-
tem Beifall aufgenommen.

*
Wien, 19. März. Die Haushälterin eines Bahntechnikers
auf der Dohrbörse hatte in dessen Geldkassette 3000 Mark eingekippt
und seit vier Jahren mit dem Manne ein Verhältnis. Da sie aber
neuerdings mit anderen Verkehr aufgenommen hatte, sagte sich
der Bahntechniker von ihr los. Heute ging nun die Haushälterin
in die Wohnung des Bahntechnikers und schloß nach kurzem Wort-
wechsel diesem drei Angeln in die Brust, nachdem sie ihm vorher
eine Flasche Schwefelsäure ins Gesicht geschleudert hatte. Der
Bahntechniker ist, wie die „Wien. Volkszeit.“ meldet, lebensge-
fährlich verletzt. Die Täterin wurde verhaftet.

Kirchliches

Montabaur, 19. März. Der heutige Tag war ein rechter
Feiertag unserer hiesigen Genossenschaft der barmherzigen Brüder.
Nach vorausgegangenem hl. Exerzieren erhielt eine stattliche An-
zahl junger Leute das geistliche Gewand des Ordens, der in den
verschiedenen Zweigen der christlichen Nächstenliebe eine reiche
Tätigkeit entfaltet. Eine ebenso große Zahl junger Ordensleute
legte in die Hände des vom Bischofe bevollmächtigten Kommissars
teils die zeitlichen, teils die ewigen Gelübde ab, wodurch sie sich
freiwillig hauernd dem Dienste der Caritas widmeten. Von nah
und fern hatten Verwandte und Freunde der jungen Ordensleute
in der Klosterkirche sich eingefunden, um der erhebenden Feier
beizuwohnen und um teilzunehmen an dem Glücke der jungen
Ordensmänner. Wir wünschen der Ordensgenossenschaft der barm-
herzigen Brüder, die 1906 das fünfzigjährige Bestehen des Mutter-
hauses in hiesiger Stadt feierte, ein immer größeres Wachstum.
In 23 verschiedenen Filialen im Westen Deutschlands übt der
Orden mit etwa 370 Brüdern seine vornehmlich caritative Tätig-
keit aus. Die Anforderungen, die die Caritas an die einzelnen
Häuser in den verschiedenen Städten stellt, sind aber so groß,
daß die Zahl der Brüder nicht immer ausreicht, um allen Wünschen
vollkommen gerecht zu werden. Möge die Zahl der Arbeiter auch
auf dem Felde der christlichen Caritas immer größer werden.

Frankfurt a. M., 19. März. Heute morgen wurde die
neuerbaute katholische St. Josef-Kirche im Stadtteil Born-
heim eingeweiht. Die Benediktion des Gotteshauses vollzog Herr
Domdekan Brälat Dr. Hilpisch aus Limburg. Zugleich fand die
Einweihung eines neuen katholischen Schwefelbades statt.

Rom, 19. März. Der Papst feierte heute an seinem
Namenstag in Gegenwart seiner Angehörigen die hl. Messe in
seiner Privatkapelle und empfing später das Kardinalskollegium
zur Beglückwünschung. Der Kardinalstaatssekretär überreichte dem
Papste viele Hunderte Gratulationsbegehren.

Aus dem Vereinsleben

* Die Herren Kirchenrenten von St. Bonifatius sind zu einer
Sitzung am Sonntag, 2. März, nachmittags 5 Uhr in den Leseverein
eingeladen.

* **Kath. Sänglingsverein St. Bonifatius.** Für
nächsten Sonntagnachmittag ist ein Ausflug geplant. Die Wanderung
wird insgesamt höchstens 3 Stunden dauern. Eine Ruhepause ist vorge-
sehen. Wir bitten um zahlreiche Beteiligung. Gähle willkommen! Ab-
marsch spätestens 2.15 Uhr.

* **Mariendund St. Bonifatius.** Am Sonntag, 22. März,
fällt die Versammlung wegen der Paramentenausstellung des Marienvereins
aus. Bei günstiger Witterung ist ein kleiner Spaziergang. Treffpunkt um
3.15 Uhr am Leseverein. 6 Uhr: Festpredigt. — **Wittwobaden:**
Riffonsstunde. — **Dienstag und Freitag,** letzte Stunde im Französischen
bezm. Englischen.

* **Rhein- und Taunus-Klub Wiesbaden E. V.**
Die nächste Nachmittags-Familienwanderung findet am Sonntag,
22. März, statt und wird wie folgt ausgeführt: Komarich Albrecht-
Färer-Anlage nachm. 2.30 Uhr nach der Postanreise, über den
Schäferskopf zur Eisenbahn und zum Restaurant Tannen-
burg (Besitzer Probst), wo die Wanderer um 5.30 Uhr eintrifft
werden. Rückfahrt von Station Bahn. Fahrer die Herren A.
Bernhardt und Jos. Riegler.

Bereinskalender

Samstag, 21. März

Gesellen-Verein. Abends von 8 Uhr ab ist die Sparkasse geöffnet.
9 Uhr Sitzung des Deklamationsklub.
Männerverein. Abends 9 Uhr: Gesangsstunde.

Katholischer Fürsorgeverein Johannestift E. V.

„Schutz und Rettung der gefährdeten weiblichen Jugend“.
Auskunft, Rat und Hilfe während der Sprechstunden täglich von 9-12½
und von 3-6 Uhr, Büro, Luisenplatz 8, v.

Marktberichte

Wiesbaden, 19. März. (Fruchtmarkt.) Preise für 50 Kg.
Hafer, höchster Preis 8,50 M., niedrigerer Preis 8,30 M., Durch-
schnittspreis 8,40 M., Weiz, höchster Preis 3,50 M., niedrigerer
Preis 2,80 M., Durchschnittspreis 3,21 M., Roggen, höchster
Preis 2 M., niedrigerer Preis 2 M., Durchschnittspreis 2 M.,
Krummstroh, höchster Preis 2 M., niedrigerer Preis 2 M., Durch-
schnittspreis 2 M., Angefahren waren 3 Wagen mit Hafer,
9 Wagen mit Weiz und 4 Wagen mit Strohh.

Standesamt Wiesbaden

Verstorben: Am 15. März: Hausdiener Walter Stramp-
feld, 24 J. — Am 16. März: Ehefrau Amalie Stahl, geb. Dardt,
56 J. — Aufwärtlerin Christine Müller, 72 J. — Maurer Karl
Martin, 24 J. — Am 17. März: Gastwirt Albrecht Kient, 44 J.
— Ehefrau Magdalena Benede, geb. Dofem, 31 J. — Ehefrau
Maria Rattermann, geb. Kiener, 36 J.

Ämtliche Wasserstands-Nachrichten

vom Freitag, 20. März, vormittags 11 Uhr

Rhein	gestern	heute	Main	gestern	heute
Waldshut	—	—	Würgsburg	—	—
Stehl	—	—	Vöhr	—	—
Weyer	—	—	Wischhafen	—	—
Winnheim	—	—	Groß-Steinheim	3,85	3,85
Worms	3,30	3,26	Wiesbaden	—	—
Wörz	3,47	3,40	Wiesheim	3,33	3,25
Wingen	4,22	4,19	Wiesloch	—	—
Winn	—	—	Wiesbaden	—	—

Wasser fällt.

K. Eichhorn Optisch-mech. Institut

Wiesbaden, Neugasse 20, nächst der Markttrasse

Wetter-Nachrichten
vom 20. März mittags 12 Uhr

Wolkig, meist trocken, nachts kühler, südöstliche Winde.

Höchster Thermometer-Stand gestern Nachmittag 3 Uhr 1 Grad C.
Niedrigster Thermometer-Stand heute Morgen 4 Uhr Grad C.

Kurhaus zu Wiesbaden.

Samstag, 21. März, 11 Uhr: Kochbrunnen-Konzert
der Kapelle W. Freudenberg. 1. Florentiner Marsch. (Quint.) 2. Ouvertüre
zu „Der Kaktus von Bagdad“ (Violoncello). 3. Paraphrase über das
Lied „Teure Heimat“ (Sänger). 4. Walzer aus der Operette: „Das süße
Mädchen“ (Reinhardt). 5. Fantasia aus der Oper „Miguelito“ (Rein-
hardt). 6. Polka, Ballettstücken. * 4 Uhr: Abonnements-Kon-
zert. Leitung: C. Schürich, Stadt. Musikdirektor. Solist: Max
Schubach, Cellist. 1. Ouvertüre zu „Die Hebriden“ (F. v. Mendels-
sohn). 2. Rondo capriccioso „Die Mut über den verlorenen Groschen“
(L. v. Beethoven). 3. Ballett-Suite (Moussine-Rott). 4. Ouvertüre
„Im Frühling“ (C. Goldmark). 5. Col. mbrei (Max Bruch). Cello-Solist:
W. Schubach. 6. Ouvertüre zu „Der fliegende Holländer“ (R. Wagner).
* 8 Uhr: Abonnements-Konzert. Leitung: C. Schürich,
Stadt. Musikdirektor. Solist: Emil Franke, Klarinette. 1. Ouvertüre
in G-moll (Schumann). 2. Carmen-Suite Nr. 2 (G. Bizet). 3. Ouvertüre
zu „Der Wald“ (Grieg). 4. Largo aus dem Klavierquintett
(W. A. Mozart). Klarinette-Solist: E. Franke. 5. Ballettmusik aus
Kosmische (Franz Schubert). 6. Capriccio-italien (B. Tschailow).

Nach dem Diner

erwarten Ihre Gäste mit Be-
stimmtheit, daß ihnen eine
mild duftige **Salem Gold**
oder eine würzige aromatische
Salem Aleikum Cigarette
präsentiert wird.

Salem Gold
(Goldmundstück, oval)

Salem Aleikum
(Hohlmundstück, rund)

Preis Nr. 33 4 5 6 8 10
33 4 5 6 8 10 Pfg. d. Stck. Licht mit Firma:

Orient-Tabak- u. Cigaretten-Fabrik Venidue Dresden. Inhr. Hugo Kieck. Köfingstr. 17.
Fabrik Venidue Dresden. S.M. d. Königs von Sachsen

Trusifrei!

Für Erholungsbedürftige und leichtere
Nerven. Kranke, Sommer u. Winter beacht.
Kuranstalt Hofheim i. T.
1 1/2 Stunde v. Frankfurt a. M. Prospekt
durch Dr. Schulze-Kahle, Nervenärzte

Preussischer Landtag.

Stimmungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

Berlin, 19. März.

Bei der Weiterberatung des Eisenbahnetats kamen heute die Wunschzettel der einzelnen Abgeordneten für ihre Wahlkreise an die Reihe, und zwar große, bei denen es um adäquante Zahlen geht, wie beim Hiesburger Bahnhof, und kleine, die mit einem Fußgängerunterweg aufzufrieden sind, wie beim Hirschberger Bahnhof. Und so ärgerten gegen dreißig Abgeordnete ihre Lokalwünsche, einer nach dem andern, ohne Zuhörer, in trostloser Debe des Sitzungssaales. Schließlich erschöpfte sich auch diese Rednerreihe, und das Haus konnte die zweite Beratung des Eisenbahnetats beenden. Man nahm dann das für ländlichen Grundbesitz geltende Grundteilungs-gesetz, das sich gegen die gewerbdmähigen Güterhändler und die zweckwidrige Grundstückszerteilung wendet, in Angriff. Es wurde vom Landwirtschaftsminister begründet. Zum Schlusse befragte Abg. Kries von der konservativen Partei die Rednertribüne, um den Standpunkt seiner Partei zu diesem Gesetzentwurf darzulegen. Darnach vertagte man die Weiterberatung auf morgen.

Sitzungsbericht aus dem Abgeordnetenhaus.

53. Sitzung vom 19. März.

Am Ministerisch: von Breitenbach. Präsident Graf von Schwerin-Löwitz eröffnet die Sitzung um 11 Uhr 15 Min.

Der Eisenbahnetat.

(Vierter Tag.)

Die Besprechung wird bei den einmaligen und außerordentlichen Ausgaben fortgesetzt. Als weitere Rate für die Umgestaltung der Bahnanlagen in Hiesburg werden 400.000 Mark verlangt, 1.300.000 Mark wurden 1913 gefordert, das ganze Projekt soll 15.000.000 Mark kosten.

Abg. Wittrock-Hiesburg (Sp.): Das gesamte geschäftliche Leben Hiesburgs leidet unter der Unsicherheit, wann, wo und wie der Bahnhof gebaut wird. Es ist größte Eile erforderlich.

Ein Regierungs-Kommissar: Wir werden soweit wie möglich den Bau beschleunigen. Der Titel wird bewilligt.

Bei Titel: Erweiterung des Rangierbahnhofs in Tempelhof macht

Abg. Dr. Veymann-Zellw (nfr.) Bedenken gegen dieses Projekt geltend. Namentlich der Grundbesitzstand sieht sich geschädigt. Man sollte daher einen Rangierbahnhof in so großem Maße weiter hinauslegen.

Präsident Graf v. Schwerin-Löwitz bittet die Redner, sich kurz zu fassen, da zum Eisenbahnetat noch 25 Redner gemeldet sind.

Abg. Traub (Sp.) schließt sich den Ausführungen des Abg. Veymann an.

Ministerialdirektor Dörner: Von einer Reuanlage des Bahnhofes ist nicht die Rede, sondern nur von einer Ausgestaltung. Formell ist dieser Vertriebsbahnhof bereits genehmigt.

Bei den Forderungen für den Direktionsbezirk Breslau wünscht

Abg. Wenke (Sp.) die Schaffung eines Fußgängerunterwegs, der vom Empfangsgebäude des Bahnhofes Hiesburg abführen soll.

Abg. Wagner-Breslau (frk.): Eine Entlastung des Breslauer Hauptbahnhofes durch Schaffung von Haltestellen in der Stadt ist dringend geboten.

Abg. Haase (Sp.) wünscht Verbesserung der Verhältnisse am Bahnhof Görlitz.

An der weiteren Besprechung verlangt

Abg. Marx (fr.) Verbesserung der Verkehrsverhältnisse auf den Bahnhöfen Anrath bei Grefeld und Engelskirchen.

Abg. Heins (Sp. b. Rhs.) wünscht Verbesserung der Bahnhofsanlagen in Wilhelmshöhe.

Abg. v. Conrad-Fronau (frk.) fragt über die Verhältnisse des Bahnhofes in Gumbert.

Abg. Eichhoff (Sp.) wünscht Ausbesserung des Hauses eines zweiten Ausganges am Bahnhof zu Remscheid.

Abg. Dr. Cremer (nfr.) bedauert, daß die Bahnhofsanlagen in Hagen zu lang ausgebeugt seien. In Gesekeberg ist ein neuer Bahnhof dringend nötig.

Abg. Dr. Wendtland (nfr.) wünscht Verkehrsverbesserungen im Bezirke der Eisenbahndirektion Erfurt.

Abg. Dr. Cremer (nfr.): Die Bahnhofsverhältnisse in Menge sind durchaus unzureichend.

Abg. Dr. Wolff-Biedrich (nfr.) wünscht auf dem Bahnhof Einblingen-Heilshelm eine Unterführung.

Abg. Wohlfahrt (nfr.) verlangt eine Ueberdeckung des Bahnhofs in Giersheim.

Abg. Cser (Sp.): Der neue große Bahnhof in Frankfurt a. M. genügt schon jetzt nicht mehr. Eine schnellere und bessere Verbindung mit dem Taunus ist erwünscht.

Minister v. Breitenbach: Wir haben noch im Vorjahre den neuen Ostbahnhof in Frankfurt a. M. in Betrieb genommen, der tatsächlich für Frankfurt a. M. ein weiterer Hauptbahnhof ist. Ich kann versichern, daß die wirtschaftlichen Verhältnisse Frankfurts, soweit sie mit der Eisenbahn zusammenhängen, von der Eisenbahnverwaltung stets berücksichtigt worden sind.

Abg. Thurm (Sp.) trägt Wünsche der Stadt Forth vor, die das Gleisfeld der Verwaltung sei.

Abg. Dr. Arendt (frk.): Der Bahnhof in Gießen ist dringend verbesserungsbedürftig. Die Verstaatlichung der Halleschen Hafenbahn und der Strecke Halle-Deitzsch darf nicht hinausgeschoben werden.

Abg. Dr. Jauer (kons.): Bei dem Umbau des Bahnhofes in Dessau muß berücksichtigt werden, daß später ein großer Um- und Erweiterungsbau möglich ist.

Abg. Dr. Band (kons.): Die Strecke Halle-Breslau muß ausgebaut werden.

Abg. Dr. v. Campe (nfr.): Der Bahnhof Nordheim muß erweitert werden. Beim Neubau des Bahnhofes in Braunschweig muß auf den Durchgangsverkehr von Berlin nach dem Westen Rücksicht genommen werden, da hierdurch eine Entlastung der Linie Berlin-Hannover möglich wird.

Abg. Graf Brunsma (fr.) wünscht Verbesserungen im Personen- und Güterverkehr in Obersiebenbrunn.

Abg. Peter-Helwig (fr.): Beim Umbau des Personenbahnhofs in Meißen muß auf die zu erbauende Linie Meißen-Zarnowitz Rücksicht genommen werden.

Abg. von Wende (kons.): Der Ausbau der Bahn-anlage in Kolberg ist dringend geboten.

Hiermit schließt die Besprechung. — Die einmaligen und außerordentlichen Ausgaben werden bewilligt.

Damit ist die zweite Beratung des Eisenbahnetats beendet.

Es folgt die Beratung des

Grundteilungs-gesetzes.

Dazu liegen eine Reihe von Anträgen vor. Ein Antrag Engelbrecht und Gen. (frk.) er-laubt die Regierung, im Interesse der Erhaltung unferes Bauernstandes um Erhebungen über größere Zusammenläufe bäuerlichen Grundbesitzes in den letzten 10 Jahren.

Ein Antrag Bohlsh (nfr.) ersucht im Interesse der Erhaltung des Bauernstandes um Zusammen-stellung der Verhältnisse in der Zusammenlegung des ländlichen Grundbesitzes und der ländlichen Wirtschaftsbetriebe sowie in der Zusammenlegung der Bevölkerung in den letzten Jahrzehnten.

Drei Anträge Eckert-Winzen (nfr.) enthalten Gesetzesanträge.

1. betreffend Ansiedlung von Landarbeitern und Schaffung von Almenden in den Provinzen Ostpreußen, Pommern, Brandenburg, Schlesien, Sachsen, Schleswig-Holstein und Hannover.

2. betreffend Schaffung von kleinen und mittel-bäuerlichen Betrieben.

3. betreffend Förderung der inneren Kolonisation durch provinzielle Ansiedlungsgesellschaften in den oben genannten Provinzen. Für jeden dieser Zwecke soll ein Fonds von 100 Millionen zu Staatsdarlehen bereitgestellt werden.

Ein Antrag Kronsohn (Sp.) enthält einen Gesetzentwurf, betr. Berechtigung von 300.000.000 Mark zur Bewährung von Staatsdarlehen für innere Kolonisation.

Landwirtschaftsminister Dr. Kehr v. Schorlemer: Der Zweck der inneren Kolonisation kann nicht die Austilgung des Großgrundbesitzes sein, sondern die Herbeiführung des richtigen Verhältnisses zwischen größerem, mittlerem und kleinerem Besitz. Das vorliegende Gesetz soll die Ansehung von Bauern und Arbeitern erleichtern, nicht nur bei der Moorkultur, sondern insbesondere dort, wo größere Güter aufgeteilt werden. Die Entwässerung des platten Landes, besonders im Osten, ist in der Hauptsache verschuldet durch die Industrialisierung und durch den Zug nach der besseren Arbeitsgelegenheit im Westen; diese wollen wir nicht unterbinden, aber die Erhaltung und weitere Ansehung von Bauern und Arbeitern mit allen Mitteln fördern, besonders dort, wo wichtige nationale Interessen in Frage kommen. Die Siedlungsgesellschaften arbeiten mit Erfolg, aber es fehlt ihnen nicht allein und nicht in erster Linie Geld, sondern andere Hindernisse stehen ihnen im Wege. Deshalb wendet sich die Vorlage gegen den gewerbdmähigen Güterhandel, sie macht jede Veräußerung einer land- und forstwirtschaftlichen Besetzung von der Genehmigung der Behörde abhängig, soweit die Veräußerung von Güterhändlern oder Grundstücksmaklern vorgenommen wird. Der reelle Güterhandel soll nach Möglichkeit unberührt bleiben, auf städtischen Grund- und Häuserbesitz bezieht sich das Gesetz nicht, und nur die Veräußerung unterliegt der Genehmigung, nicht aber der Verkauf einer Besetzung im Ganzen, auch wenn er durch einen Händler oder Makler erfolgt. Auch Veräußerungen durch Vermittlung der Auseinandersetzungsbehörden bedürfen der Genehmigung nicht, und das sind gewiß die meisten Veräußerungen, bei denen es in erster Linie um wirtschaftliche Debung der Kolonisten ankommt. Es bleiben für die Genehmigung also nur bestimmte Fälle übrig, und auch da kann sie nur verweigert werden, wenn die Veräußerung mit den Zielen der inneren Kolonisation und mit einer nützlichen Grundbesitzverteilung nicht vereinbar ist. Die Vorlage richtet sich also in erster Linie

gegen den Grundstücks-händler, gegen die Grundstückspekulation und gegen die Konkurrenz, die gegen die staatlichen und gemeinnützigen Siedlungsgesellschaften betrieben wird, und vor allem auch gegen eine solche Ansehung von Kolonisten, die mit Rücksicht auf die ihnen auferlegten Lasten als erstensfähig für die Zukunft nicht bezeichnet werden kann. Diese Verringerung der Grundstückspekulation wird dazu beitragen, die teilweise ungerechtfertigt gestiegenen Grundstückspreise auf ein gesundes Maß zurückzuführen und der erstickenden Mobilisierung des Grundbesitzes namentlich im Osten vorzubeugen, sowie im Westen den bäuerlichen Besitz in derselben Hand mehr zu erhalten als bisher. Das neu eingeführte Rücktrittsrecht hat sein Vorbild im bayerischen Güterzertrümmerungs-gesetz, es ist an eine kurze Frist gebunden, und wir wissen, daß heute schon vielfach Befreiung infolge von Uebertragung oder augenblicklich schwerer finanzieller Verhältnisse sich zu einer unüberlegten Veräußerung ihres Bestandes haben werden lassen, ebenso wie manche Ansiedler ihre Stelle nicht übernehmen hätten, wenn sie Zeit zur Ueberlegung gehabt hätten. In Bayern hat sich das Rücktrittsrecht bewährt und ist die Zahl der gewerbdmähigen und ein-getragenen Güterhändler seit 1910 von 1329 auf 550 zurückgegangen. Die wirtschaftliche Teilung will das Gesetz befördern durch die Einführung eines Verkaufs-rechts, das den für die innere Kolonisation erforderlichen Landbedarf auch für die Zukunft sicherstellen will. Zwar ist das ein Eingriff in privatrechtliche Verhältnisse, aber er erscheint unbedenklich, wenn man bedenkt, daß er die als notwendig erkannte Ansiedlung von Bauern und Arbeitern ermöglichen soll und die politisch nötige Erhaltung des bodenständigen Besitzes unberührt läßt. Das Verkaufsrecht wendet sich allein gegen die sogenann-

ten „wandelnden Güter“

die auf dem Markte liegen, ihre Besitzer wechseln und weder landwirtschaftlich noch politisch ein besonderes Interesse bieten. Land ist genug vorhanden, es kommt nur darauf an, es rechtzeitig für die innere Kolonisation zu sichern. In Bayern hat sich das Verkaufsrecht auch nach der Ausgabe konservativer Nationalökonomie bewährt; die Regierung wird es nicht selbst ausüben, sondern es den staatlich unterstützten Siedlungsgesellschaften überlassen. Ueber die Erleichterung der Rentenrückbildung werde ich mich äußern, wenn die Anträge über innere Kolonisation begründet werden. Ich hoffe, daß die Kommission das Gesetz im Einvernehmen mit der Regierung zu einem brauchbaren Mittel für die innere Kolonisation, ihre wirtschaftlichen und nationalen Ziele gestalten wird. (Zehnfacher Beifall.)

Abg. Dr. v. Kries (kons.) beantragt Ueberweisung an eine Kommission von 28 Mitgliedern. Bei der starken Abnahme der kleinen bäuerlichen Betriebe im Osten ist eine durchgreifende Regelung nötig und der Parzellhaber darf hierbei keine Rolle spielen. Die Staatskontrolle über die gewerbdmähigen Güterzerlegung begründet wir, sie soll aber auch vom nationalen Gesichtspunkte aus unterlaßt werden können. (Unruhe links.) Die Grundstückspreise haben in einigen Teilen unseres Vaterlandes eine ungesunde Höhe erreicht, das Gesetz kann einen Druck darauf ausüben. Das Rücktrittsrecht aber drückt mit dem Grundbesitz von Treu und Glauben im Handel und Wandel und ist ein

schädliche Verwundung. Bis zur notariellen Verurkundung haben die Leute noch Zeit genug zur Ueberlegung. Gegen das Verkaufsrecht haben wir die aller-schwersten grundsätzlichen Bedenken, denn es ist ein sehr starker Eingriff in die Freiheit des Eigentums und eine unerwünschte Differenzierung des Grund-eigentums in Stadt und Land. Die Interessen der inneren Kolonisation rechtfertigen ein so weit ausge-dehntes Recht nicht, das nur gegenüber dem Güter-handel und den „wandelnden Gütern“ erträglich er-scheint. Wir sind gegen die Uebertragung des Vor-kaufrechts an die Siedlungsgesellschaften, das muß sich die Regierung selbst vorbehalten. Es wäre uner-träglich für das Volk unseres Vaterlandes, jede Sied-lungsgesellschaft, und sei es auch die tollste, nach ihrem eigenen System schalten und walten zu lassen. Wir begrüßen die vorgeschlagenen Erleichterungen be-züglich des Unschädlichkeitsgesetzes und sind bereit, die Mittel für den Zwischeneinsatz zu bewilligen. Der fortschrittliche Antrag würde viel zu viel neue Beamte erfordern. Wir wollen eine Bestimmung im Gesetz, die verhindert, daß lebende, zufriedene Leute durch ungewünschte kolonialistische Maß-nahmen vertrieben werden. Trotz unserer Bedenken dürfen die Ziele des Gesetzes in einer Verhandlung der Mehrheit zum Besten unseres Vaterlandes und unserer inneren Kolonisation führen. (Zehnfacher Bei-fall rechts.) Das Haus vertagt die Weiterberatung auf morgen, Freitag, 11 Uhr. Schluß 4 1/2 Uhr.

Deutscher Reichstag.

Stimmungsbericht aus dem Reichstag.

Berlin, 19. März.

Der Reichstag setzte heute die Beratung des Etats von Ostafrika fort, nachdem Herr Kampff des glücklichen Ereignisses in Braun-schweig gedacht hatte. Man sprach u. a. über die Abfassung der Hausflaverei in Ostafrika, und Herr Solf machte einen vermittelnden Vor-schlag zwischen der Forderung des Reichstages, der die Hausflaverei bis 1920 abgehehrt wissen will, und dem diese Forderung ablehnenden Standpunkt des Gouverneurs und der ostafrika-nischen Planzer. Beim Etat für Südwest brachte der sozialdemokratische Sprecher die Diaman-tenregie wieder einmal zur Sprache, wie immer, sehr temperamentvoll. Gegen seine Behauptung, die Kolonialverwaltung hätte betrügerische Manipulationen in der Regie geduldet, legte der Staatssekretär unter dem Beifall fast des ganzen Hauses energisch Verwahrung ein. — Morgen wird man den Gegenstand weiter behandeln.

Sitzungsbericht aus dem Reichstag.

236. Sitzung vom 19. März.

Am Bundesratsitz: Dr. Solf.

Präsident Dr. Kampff eröffnet die Sitzung um 2 Uhr 20 Min. mit folgender Ansprache: Es ist Ihnen allen bekannt, daß die einzige Tochter unseres Kaiser-tums, die Frau Herzogin von Braunschweig, gestern von einem Prinzen entbunden worden ist. Ich bitte um die Ermächtigung, Seine Majestät dem Kaiser und Ihrer Majestät der Kaiserin sowie dem Herzogpaare von Braunschweig die Glückwünsche des Reichstages auszudrücken. (Die meisten Mitglieder des Hauses haben sich erhoben.) Die Ermächtigung ist erteilt.

Der Kolonialetat.

(Fünfter Tag.)

Die Aussprache über den Etat von Ostafrika wird fortgesetzt.

Abg. Erzberger (fr.): Meine Kritik über die Be-handlung der Schwarzen auf den Plantagen ist von der Altpreussischen Presse als eine Beschimpfung der Planzer zurückgewiesen worden. Meine Behauptungen sind unrichtig, und ich verbitte mir alle Angriffe. Nun zu einem künftigen Kapitel. Der Generalleutnant von Brochum, der sich auf dem Preussentage erlaubt hat, vom Reichstag als von einer gemischten Gesellschaft und von einer Rote zu sprechen, und gegen den der Staatsanwalt nicht eingestritten ist (lebhaftes Hört, Hört!), hat als Stellvertreter des Gouverneurs in Ost-afrika einen Erlaß über das Grüssen herausgegeben. Danach sind sämtliche Vögel der Europäer, die Ange-legenheiten beim Gouvernement und alle Fräulichen, auch Jünger und Mädchen, verpflichtet, dem Gouverneur und seinem Stellvertreter zu grüßen, sowohl im Vorbe-gehen, aber auch, wenn die Leute irgendwas sagen oder liegen. In letzterem Falle besteht der Gruß im Auf-gehen und Annehmen einer frommen Salzung. Heißt also nur noch: Hand an die Brustmahl! (Lärm.) Die haben ja keine Hosen! — Heiterkeit.) Ein Mann, der den Herrn von Brochum nicht konnte und nicht grüßen, wurde angefaßt. Die unverschämter Hiesel, warum grüßen Sie nicht! Ich sehe hier an Stelle des Kaisers! usw. Herr von Brochum hat wahrscheinlich gemeint, er habe einen Reichstagsabgeordneten vor sich. (Heiter-keit.) Der Erlaß gilt auch für die Matrosen unserer Marine. Der Erlaß hat auch schon internationale Ver-wandlungen zur Folge gehabt, da er auch für Griechen und Jünger gilt. Als Herr von Brochum sich veran-lasst sah, sich abzuwägen und Unschuldige in Verdacht zu bringen, (lebhaftes Hört, Hört!) Ein solcher Erlaß muß sofort laffert werden.

Staatssekretär Dr. Solf: Herr von Brochum war als Major kurze Zeit Stellvertreter des Gouverneurs von Ostafrika und hat den Erlaß ergehen lassen. Er ist aber in die Sammlung der Verordnungen nicht aufge-nommen worden. (Beifall.) Das Kolonialamt wird das Schulwesen in den Kolonien mit allen Kräften fördern. Ueber den Hafen von Daresalam wird dem Hause bald eine Vorlage zugehen. Eine Verlängerung der Dienstperioden erscheint in Ostafrika nicht ange-zeigt. Ich habe auf meiner letzten Reise feststellen müssen, daß nach etwa 4 Jahren die Schiffsbesatzung-keit der Beamten erlahmt. Anders steht es in Süd-westafrika. Wir werden erwägen, ob wir dort zu längeren Dienstperioden kommen können.

Dann die Hausflaverei. Wir haben in Ostafrika ein Land erworben, in dem mehr als wo anders in schieflicher Weise Sklaven-rand getrieben wurde. Es ist uns gelungen, diese Mißstände zu unterdrücken. Wir können mit gutem Gewissen sagen, daß Sklavenraub und Sklavenhandel dort bei uns nicht mehr vorkommen. Sollten Aus-nahmefälle vorkommen, so stehen schwere Strafen dar-auf. Dr. Raumann hat recht, daß es schwierig ist, die richtige Arbeitsform für ganz Afrika zu finden. Wir können die Sklaverei überhaupt nicht dulden. Der Reichstag

will nur das Tempo beschleunigen. Heute kontrolliert der Reichstag alle Angelegenheiten, die mit der Sklaverei in Beziehung stehen. Die letzten Bestim-mungen sind ein Instrument dauernder Politik zur Besserung der Verhältnisse der wirtschaftlich Schwachen. Der Reichstag will als Endpunkt der Sklaverei das Jahr 1920 festsetzen. Das heißt der Gouverneur nicht für durchführbar. Ich will eine Brücke bauen und will dem Gouverneur vorschlagen: 1. im Jahre 1920 wird eine Verordnung getroffen, nach der irgend-eine Sklave, auf Grund dessen die Ueberlieferung, Anerkennung oder Verhaftung der Sklaverei gefordert wird, vor einem Gericht des Schutzgebietes nicht mehr angeklagt wird, 2. um aber die Herren der Sklaven schädlich zu halten, wird eine Klage des Herrn gegen-laffen gegen den früheren Sklaven, und zwar nicht aus dem Sklavereiverhältnis, sondern aus dem Verhältnis einer Obligation, 3. soll diese Regelung schlagend werden in der Form, wie hoch der Freilassungsbau der Sklaven ist. Das soll der Gouverneur sobald als mög-lich einführen, damit, wenn das Jahr 1920 herankommt, diese Regelung in den Köpfen der Eingeborenen be-reits als feststehende Tatsache erscheint. Diese Sache kann der Reichstag ruhig beschließen.

Abg. Feinath (nfr.): Die Festsetzung eines be-stimmten Termins zur Abschaffung der Hausflaverei könnte leicht zu Unruhen führen. Das wollen wir nicht verantworten. Wir hoffen, daß die Langsamkeit ein Kampfmittel für die wirtschaftliche Eroberung des ganzen zentralafrikanischen Gebietes für und Deutsche wird.

Abg. Wendhoff (Sp.): Wir empfehlen besonders die Lehrer in den Kolonien dem Wohlwollen der Re-gierung. Die Seminare sollte man nicht in den Händen der Missionen lassen. Ein sehr guter Lehrer-stand ist für die Kolonien außerordentlich wichtig.

Abg. Koste (Sp.): Der Reichstag steht viel zu hoch, um von den Angriffen des Herrn von Brochum berührt zu werden. Es hat keinen Zweck, diesem Herrn durch ein Beleidigungsverfahren den Mund zu stopfen. Für die Schulen muß noch viel mehr geschehen. Für uns ist es absolut inbistatabel, den Termin zur Abschaffung der Hausflaverei anzuschließen.

Die Resolutionen der Budgetkommission, die Mit-teilungen über die Abschaffung der Hausflaverei und Ueberführten über die Besitz- und Nachverhältnisse der Plantagen verlangen, werden angenommen, ebenso die Resolutionen, die Schutzbestimmungen für die Ar-beiter fordern.

Abg. Dr. Arendt (fr.) bittet, die Erwerbung des Sigibahn ersthaft zu betreiben.

Damit ist der Etat für Ostafrika erledigt.

Südwestafrika.

Abg. Hoch (Sp.) führt Klage über Mißstände in der Diamantenregie. In erster Linie müssen die Dia-mantenförderer in der Regie austretend vertreten sein. Die Kolonialverwaltung hat sich von der Großbanken-gruppe vollkommen lösen lassen. Sie hat betrügerische Manipulationen geduldet. (Unruhe.)

Staatssekretär Dr. Solf: Wenn der Abg. Hoch seine Rede im Stenogramm liest, so wird er sich hoffentlich bei mir entschuldigen. Seine Ausführungen waren von Ueberlegungen und sogar von Berüh-mungen getragen. (Unruhe bei den Sozialdemokraten.) Er hat behauptet, ich hätte geduldet, daß betrügerische Manipulationen vorgenommen sind, und daß der Reichstag seine Hand in unehrlicher Weise in ein Geschäft gesteckt hat. Er hat das behauptet, obwohl ich in der Budgetkommission die entgegenge-setzten Er-läuterungen abgegeben habe. (Zehnfacher Beifall.) Wir sind gerade vor dem Abschluß eines wichtigen Geschäftes, an dem auch der Fiskus einen wesentlichen Anteil hat. Ich kann daher Eingehelligkeit anfragen. Die Budget-kommission hat sich aber überzeugen lassen, daß die Re-gierung auf dem richtigen Wege war. Ich habe endlich Klarheit geschaffen. Wir hatten einen harten Kampf mit den Förderern, haben uns aber jetzt versöhnt. Die Förderer sollen den Edwonenanteil an der Regie haben, wir sollen den Fiskusanteil nicht von neuem finden.

Abg. Erzberger (fr.): Diese etlichen Diamanten-behalten sollten endlich einmal aufhören. (Sehr richtig!) Die jetzt beschlossene Regelung der Diamantenregie trifft das Richtige. Der Diamantboom können wir zu. In Sachen des Bergrechts muß der Staatssekretär den harten Kampf spielen gegen die Konzeptions-gesellschaften. Diese sind keine Kultur-, sondern Spekula-tionsgesellschaften. Die blühende Gründung ist die Diamantbergbau-gesellschaft.

Staatssekretär Dr. Solf: Aus dem Stenogramm der Rede des Abg. Hoch ergibt sich, daß der Fiskus, den ich als Verleumdung charakterisierte, und der wie eine solche auf mich wirkte, nur dispositionell ausge-sprochen war. Aus der Haltung der ganzen Rede sollte ich den Eindruck, es sei positiv geschehen. Da aber nicht der subjektive Eindruck, sondern der objektive Tatbestand maßgebend ist, kann ich das Wort Verleumdung nicht aufrecht erhalten.

Abg. Waldstein (Sp.): Die Verleumdungen in der Diamantenregie haben eine durchaus unerwünschte Tätigkeit entfaltet. Wenn die Regierung die Dia-mantenregie außer Funktion gesetzt hat, so ist sie weitergegangen, als sie gesetzlich berechtigt war. Das hat die Regierung erreicht. Die Diamanten werden das Rückgrat des Staats für Südwestafrika nicht immer bilden. Wir haben für Südwest das Richtige getan. Dem Van der Waalsboom können wir durchaus zu. Das Rechtsverhältnis zwischen Mutterland und Schutz-gebiet muß geklärt werden. Die Vorwürfe gegen die Budgetkommission lassen sich nicht. Wir treiben keine einseitige Eingeborenenpolitik und keine einseitige Kapitalistenpolitik. Wir wollen für die Kolonien nur eine Kulturpolitik.

Ein Nachtragsetat (Winterfeldtsche Grund-stückskäufe), der eben eingegangen ist, wird ohne De-batte in erster Lesung angenommen und dann der Budgetkommission überwiesen.

Das Haus vertagt sich.

Abg. Hoch (Sp.) befreit, daß er den Staats-sekretär beleidigt habe.

Seelbach's Trauringe. Ihre- und Goldwaren-geschäft. Weibchen, Kirchgasse 46. Heftet als Spezialität: reell und billig. in größter Auswahl in allen Verlässigen Größen und somit sofort. werden repariert, lackiert usw. er Verdachte billig übergeben. Kindwagen-Reparatur-erklärt. Schulze, am Bleichstraße 17.

CIS. Kluge und spar-same Haus-frauen kaufen nur noch CIS. selbständiges Waschmittel. Reinwascherei und Gardine-spinnerei. S. Müll, Weibchen, Kellerstr. 121.

Brennholz. Köfahlholz à Str. 1.10.- Kahlholz à Str. 2.20.- Brennholzhandlung Kipping. Kapellenstr. 5/7 Tel. 462. Saattartoffeln. Frühe Kaiserhronen . . . M. 4.50 Frühe Rosen . . . M. 4.- Frühe Juli-Nieren . . . M. 4.50 per Zentner ab hier gegen Rechnung. Jacob Grenz i. Wallradar.

Spezialkur gegen Haut-, Harn- und Bruchleiden. Dr. Wagner, Arzt: Mainz Schusterstr. 54, vis-à-vis Tisch. Klavierstimmer (blind) empfiehlt sich. Josef Rees, Wiesbaden Dohheimerstraße 24. (Wesellenshaus) Telefon 2065. Weht auch nach auswärts.

Realschule in Weisenheim mit Reform-Realgymnasium i. E. Von Oheim 1914 an wird der Realschule ein Reform-Realgymnasium (Voll-anstalt) zunächst durch Eröffnung der Untertertia, angegliedert. Meldungen für alle Klassen der Realschule, sowie für die Untertertia des Realgymnasiums sind an den unterzeichneten Direktor der Anstalt zu richten. H. Mühlberg. Ia. blauweissen Gartenkies liefert in Körben und Säcken von 70 Pfg. an, lose in Karren von 58 Pfg. an und in 1/2 und 1/4 Waggonen von 48 Pfg. an per Zentner f. ei. Haus bezw. Garten. L. Rettenmayer, Hofspandeur, Nikolausstrasse 5. (Wiederverkäufer Rabatt). Telefon 2376.

